

Anhang C – Deutsche Übersetzung der Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2010

RECHTSVERORDNUNGEN

2010 Nr. 2215

BAUEN UND GEBÄUDE, ENGLAND UND WALES

Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010

Anfertigung . . . *6. September 2010*

Dem Parlament vorgelegt . . . *9. September 2010*

Inkrafttreten . . . *1. Oktober 2010*

INHALT

TEIL 1 Allgemeines

1. Zitierweise und Inkrafttreten
2. Auslegung

TEIL 2 Gewährung und Entzug der Zulassung

3. Designation von Körperschaften zur Zulassung von Inspektoren
4. Zulassung von Inspektoren
5. Art und Weise der Zulassung oder Designation
6. Beendigung der Zulassung oder Designation
7. Liste der Zulassungen und Designationen

TEIL 3 Überwachung von Arbeiten durch zugelassene Inspektoren

8. Aufgaben von zugelassenen Inspektoren
9. Unabhängigkeit zugelassener Inspektoren
10. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Mitteilung über den Baubeginn
11. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Änderungsanzeige

12. Konsultation der Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst durch den zugelassenen Inspektor
13. Konsultation des Abwasserentsorgungsunternehmens durch den zugelassenen Inspektor
14. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung
15. Wirkung der Bauvorlagenbescheinigung
16. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung
17. Ereignisse, die das Außerkrafttreten einer Mitteilung über den Baubeginn verursachen
18. Aufhebung einer Mitteilung über den Baubeginn
19. Ermächtigungen örtlicher Behörden in Bezug auf teilweise fertiggestellte Arbeiten

TEIL 4

Anwendung von Bestimmungen der Hauptverordnung

20. Anwendung der §§ 20, 27, 29, 37, 41, 42, 43 und 44 der Hauptverordnung

TEIL 5

Öffentliche Körperschaften

21. Zulassung öffentlicher Körperschaften
22. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung der Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft
23. Konsultation zwischen der öffentlichen Körperschaft und der Feuer- und Rettungsbehörde
24. Konsultation zwischen der öffentlichen Körperschaft und dem Abwasserentsorgungsunternehmen
25. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft
26. Wirkung einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft
27. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft
28. Ereignisse, die das Außerkrafttreten einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft verursachen

TEIL 6

Bescheinigungen in Bezug auf eingereichte Bauvorlagen

29. Nach § 16 Absatz 9 des Gesetzes eingereichte Bescheinigungen

TEIL 7

Verschiedene Bestimmungen

- 30. Verzeichnis der Mitteilungen und Bescheinigungen
- 31. Ein Verstoß gegen bestimmte Vorschriften ist nicht als Straftat anzusehen
- 32. Elektronische Zustellung von Dokumenten
- 33. Übergangsbestimmungen: Auslegung
- 34. Übergangsbestimmungen: Arbeiten, mit denen bereits vor dem 1. Oktober 2010 begonnen wurde
- 35. Übergangsbestimmungen: Arbeiten für die keine Mitteilung erforderlich ist
- 36. Übergangsbestimmungen: Mitteilungen, die vor dem 1. Oktober 2010 eingereicht wurden
- 37. Übergangsbestimmungen und salvatorische Bestimmungen: frühere Bauverordnungen
- 38. Widerrufe und Folgeänderungen

ANLAGE 1 – Formulare

ANLAGE 2 – Gründe für die Zurückweisung einer Mitteilung über den Baubeginn, einer Änderungsanzeige oder einer Bauvorlagenbescheinigung kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn

ANLAGE 3 – Gründe für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung oder einer Bauvorlagenbescheinigung kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn

ANLAGE 4 – Gründe für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung

ANLAGE 5 – Gründe für die Zurückweisung einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft oder einer kombinierten Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft und einer Bauvorlagenbescheinigung

ANLAGE 6 – Gründe für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft oder einer kombinierten Anzeige einer öffentlichen Körperschaft und Bauvorlagenbescheinigung

ANLAGE 7 – Gründe für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft

ANLAGE 8 – Widerruf von Vorschriften

ANLAGE 9 – Folgeänderungen

Anhang C – Deutsche Übersetzung der Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2010**1**

Der Minister ist ein im Sinne des § 2 Abs. 2 European Communities Act 1972¹ in Bezug auf Umweltangelegenheiten bestimmter² Minister.

Der Minister erlässt in Ausübung der ihm durch § 2 Absatz 2 European Communities Act 1972 und durch § 1 Absatz 1, § 2A, § 16 Absatz 9, § 17 Absatz 1 und 6, § 35, § 47 Absatz 1 bis 5, § 50 Absatz 1, 4, 6 und 7, § 51 Absatz 1 und 2, § 51A Absatz 2, 3, 5 und 6, § 52 Absatz 1 bis 3, § 53 Absatz 2 und 4, § 54 Absatz 1 bis 3 und 5, § 56 Absatz 1 und 2 sowie § 126 des Building Act 1984 und durch §§ 1, 2, 3, 4, 4A, 7, 8, 9, 10 und § 11 Absatz 1 Buchstabe a der Anlage 1 und Anlage 4 des Building Act 1984³ übertragenen Befugnisse die folgende Verordnung:

TEIL 1 Allgemeines

1. Zitierweise und Inkrafttreten

Diese Verordnung kann als Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 zitiert werden und tritt am 1. Oktober 2010 in Kraft.

2. Auslegung

(1) In dieser Verordnung

ist „das Gesetz“ das Building Act 1984;

¹ 1972 c.68.

² S.I. 2008/301.

³ 1984 c.55; § 126 wird zur Definition von „vorgeschrieben“ zitiert. § 1 wurde durch § 1 Sustainable and Secure Buildings Act 2004 (c.22) geändert und § 2A wurde durch § 4 dieses Gesetzes eingefügt; § 47 Abs. 1 wurde durch § 8 Sustainable and Secure Buildings Act 2004 und Rechtsverordnung S.I. 1996/1905 geändert; § 50 Abs. 1 und § 52 Abs. 1 wurden geändert; § 51 Abs. 1 wurde ersetzt und § 51A wurde durch Rechtsverordnung S.I. 1996/1905 eingefügt und § 52 Abs. 2 wurde durch § 8 Sustainable and Secure Buildings Act 2004 geändert; § 56 Abs. 1 und 2 wurde durch Rechtsverordnung S.I. 1996/1905 geändert und wird voraussichtlich aufgehoben durch § 11 Sustainable and Secure Buildings Act 2004; § 4A der Anlage 1 wurde durch § 8 Sustainable and Secure Buildings Act 2004 eingefügt; § 7 der Anlage 1 wurde durch § 3 dieses Gesetzes und durch § 11 Climate Change and Sustainable Energy Act 2006 (c.19) geändert; § 8 der Anlage 1 wurde durch § 3 Sustainable and Secure Buildings Act 2004 und durch § 40 Flood and Water Management Act 2010 (c.29) geändert; § 11 Abs. 1 Buchst. a der Anlage 1 wurde durch Rechtsverordnung S.I. 1986/452 geändert. Bestimmte Aufgaben eines Ministers der Krone nach dem Building Act 1984 wurden der Nationalversammlung von Wales übertragen, die durch das Government of Wales Act 1998 (c.38) konstituiert wurde, und wurden durch Artikel 2 und Anlage 1 der National Assembly for Wales (Transfer of Functions) Order 1999 (S.I. 1999/672), die durch Artikel 4 und Anlage 3 der National Assembly for Wales (Transfer of Functions) Order 2000 (S.I. 2000/253) geändert wurde, auf die walisischen Minister nach § 30 der Anlage 11 des Government of Wales Act 2006 (c.32) übertragen. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen und Vorbehalte, wurden die restlichen der durch das Building Act 1984 dem Minister verliehen Aufgaben, soweit sie in Bezug auf Wales auszuüben sind, durch die Welsh Ministers (Transfer of Functions) (No. 2) Order 2009 (S.I. 2009/3019) mit Wirkung vom 31. Dezember 2011 auf die walisischen Minister übertragen.

ist „Gebäude“ jedes dauerhafte oder temporäre Gebäude, jedoch keine andere Art von Konstruktion oder Bauwerk und eine Bezugnahme auf ein Gebäude schließt eine Bezugnahme auf einen Gebäudeteil ein;

hat „Bauarbeiten“ die in § 3 Absatz 1 der Hauptverordnung angegebene Bedeutung;

ist „kontrollierte Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung“ eine Versorgungseinrichtung oder eine Vorrichtung, an die Teil G, H, J oder L der Anlage 1 der Hauptverordnung eine Anforderung stellt;

ist „Tag“ jeder Zeitraum von 24 Stunden, der um Mitternacht beginnt und jeden Samstag, Sonntag und Feiertag ausschließt;

hat „designierte Körperschaft“ die in § 4 angegebene Bedeutung;

schließt „Wohnhaus“ keine Geschosswohnung oder ein Gebäude ein, das eine Geschosswohnung enthält;

ist „Geschosswohnung“ eine separate und eigenständige Räumlichkeit, die zu Wohnzwecken gebaut oder umgebaut wurde und einen Teil eines Gebäudes bildet und die von anderen Gebäudeteilen horizontal abgeteilt ist;

hat „wesentliche Änderung“ die in § 3 Absatz 2 der Hauptverordnung angegebene Bedeutung;

hat „wesentliche Nutzungsänderung“ die in § 5 der Hauptverordnung angegebene Bedeutung;

schließt „neue Wohnung“ eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung eines Gebäudes im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Hauptverordnung geschaffen wird.

hat „optionale Anforderung“ die in § 2 Absatz 1 der Hauptverordnung angegebene Bedeutung;

bedeutet „Hauptverordnung“ die Building Regulations 2010⁴.

(2) Wenn eine Vorschrift die Verwendung eines nummerierten Formulars der Anlage 1 fordert, kann ein Formular mit im Wesentlichen gleichem Inhalt verwendet werden.

(3) Jede Bezugnahme in dieser Verordnung auf die Ausführung von Arbeiten schließt eine Bezugnahme auf den Vollzug einer wesentlichen Nutzungsänderung ein.

(4) Jede Bezugnahme in dieser Verordnung auf eine Mitteilung über den Baubeginn (ob kombiniert mit einer Bauvorlagenbescheinigung oder nicht) ist in einem entsprechenden Fall als Bezugnahme auf die durch eine Änderungsanzeige geänderte Mitteilung über den Baubeginn auszulegen, die von einer örtlichen Behörde angenommen worden ist.

Anmerkung:

§ 2 Absatz 1 wurde geändert durch § 3 Absatz 2 der S.I. 2015/767.

TEIL 2

⁴ S.I. 2010/2214.

Gewährung und Entzug der Zulassung

3. Designation von Körperschaften zur Zulassung von Inspektoren

Wenn es dem Minister erscheint, dass eine Körperschaft ordnungsgemäß als Körperschaft zur Zulassung von Inspektoren designiert werden könnte, kann der Minister die Körperschaft, wenn sie zustimmt, für diesen Zweck designieren.

4. Zulassung von Inspektoren

(1) Wenn der Minister eine Körperschaft nach § 3 designiert hat (in dieser Verordnung als „designierte Körperschaft“ bezeichnet), muss eine Person, die ein zugelassener Inspektor werden möchte, dies bei der designierten Körperschaft beantragen und folgende Angaben machen:

- a) im Fall einer Person außer einer Körperschaft die Qualifikationen und Erfahrung dieser Person und
- b) im Fall einer Körperschaft, die Anzahl, Qualifikationen und Erfahrung der zur Ausübung ihrer Aufgaben nach dieser Verordnung zu beschäftigenden Personen,

und die Person hat alle Anfragen zu beantworten, welche die designierte Körperschaft zur Untersuchung dieser Angaben stellt.

(2) Wenn es keine designierte Körperschaft gibt, muss eine Person, die ein zugelassener Inspektor werden möchte, dies beim Minister beantragen und folgende Angaben machen:

- a) im Fall einer Person außer einer Körperschaft die Qualifikationen und Erfahrung dieser Person und
- b) im Fall einer Körperschaft, die Anzahl, Qualifikationen und Erfahrung der zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dieser Verordnung zu beschäftigenden Personen,

und die Person hat alle Anfragen zu beantworten, welche der Minister zur Untersuchung dieser Angaben stellt.

5. Art und Weise der Zulassung oder Designation

Die Zulassung eines Inspektors oder Designation einer Körperschaft zur Zulassung von Inspektoren ist der Person oder Körperschaft schriftlich mitzuteilen einschließlich jeder Beschränkung der Zulassung oder Designation.

5A. Versicherung zugelassener Inspektoren

(1) Vorbehaltlich Absatz 2 muss ein zugelassener Inspektor, der bei einer örtlichen Behörde eine in Absatz 2 angegebene Mitteilung oder Bescheinigung einreicht, sicherstellen, dass die Person, die diesen Inspektor zugelassen hat (der Minister oder eine nach § 3 designierte Körperschaft, je nachdem) vor oder an dem Datum der Mitteilung oder Bescheinigung im Besitz einer Versicherungserklärung in Bezug auf die Arbeiten sein, auf die sich die Mitteilung oder Bescheinigung bezieht.

(2) Absatz 1 gilt für folgende Mitteilungen oder Bescheinigung, die am oder nach dem 6. April 2013 abgegeben werden:

- a) eine Mitteilung über den Beginn,
- b) eine Änderungsanzeige,
- c) eine Bauvorlagenbescheinigung,
- d) eine kombinierte Mitteilung über den Baubeginn und Bauvorlagenbescheinigung oder
- e) eine Bescheinigung der Fertigstellung.

(3) In dieser Verordnung bedeutet eine „Versicherungserklärung“ eine von der Versicherung unterzeichnete Erklärung, dass eine vom Minister genehmigte, benannte Versicherung für den zugelassenen Inspektor in Bezug auf die Bauarbeiten gilt, auf die sich die Mitteilung oder Bescheinigung bezieht.

Anmerkung:

§ 5A wurde eingefügt durch § 35 der S.I. 2012/3119.

6. Beendigung der Zulassung oder Designation

(1) Die von einer designierten Körperschaft oder dem Minister erteilte Zulassung eines Inspektors muss nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum, an dem sie erteilt wurde, außer Kraft treten.

(2) Die Zulassung eines Inspektors kann durch eine schriftliche Mitteilung der Person entzogen werden, die den Inspektor zugelassen hat

(3) Der Minister kann die Designation einer designierten Körperschaft durch eine schriftliche Mitteilung an die designierte Körperschaft entziehen, jedoch:

- a) berührt ein solcher Entzug nicht die Ausübung einer von dieser Körperschaft erteilten existierenden Zulassung und
- b) eine existierende Zulassung kann vom Minister entzogen werden als ob sie vom Minister erteilt worden wäre.

(4) Wenn ein zugelassener Inspektor wegen einer Straftat nach § 57 des Gesetzes⁵ (falsche oder irreführende Mitteilungen und Bescheinigungen etc.) verurteilt wurde, kann die Person, von der die Zulassung erteilt wurde, bei Erhalt einer Bescheinigung der Verurteilung unverzüglich die Zulassung entziehen und dem zugelassenen Inspektor, dessen Zulassung entzogen wurde, ist für einen Zeitraum von fünf Jahren keine weitere Zulassung zu erteilen, beginnend mit dem Datum der Verurteilung.

7. Liste der Zulassungen und Designationen

(1) Der Minister hat:

- a) eine Liste der zurzeit nach § 3 zum Zweck der Zulassung von Inspektoren designierten Körperschaften zu führen

⁵ Absatz 57 wurde geändert durch Absatz 8 des Sustainable and Secure Buildings Act 2004 (c. 22).

- b) eine Liste der zurzeit vom Minister zugelassenen Inspektoren zu führen,
- c) im Hinblick auf jeden gelisteten zugelassenen Inspektor eine Kopie folgender Dokumente zu aufzubewahren:
 - i) der Zulassungsbescheinigung und
 - ii) der in § 5A genannten Versicherungserklärung

(2) Der Minister hat:

- a) jeder örtlichen Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich diese Verordnung Anwendung findet, eine Ausfertigung der ersten nach Absatz 1 erstellten Liste der zugelassenen Inspektoren und designierten Körperschaften zur Verfügung zu stellen und
- b) jeder dieser örtlichen Behörden so bald wie möglich den Entzug jeder Zulassung oder Designation und jedes Hinzufügen zu dieser Liste mitzuteilen.

(3) Eine designierte Körperschaft hat:

- a) eine Liste der zurzeit von ihr zugelassenen Inspektoren zu führen,
- aa) für jeden gelisteten zugelassenen Inspektor eine Kopie folgender Dokumente auszubewahren:
 - i) der Zulassungsbescheinigung und
 - ii) der in § 5A genannten Versicherungserklärung und
- b) jeder örtlichen Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich diese Verordnung gilt, so bald wie möglich den Entzug einer Zulassung eines Inspektors mitzuteilen.

(4) Nach dieser Verordnung geführte Listen müssen jede Beschränkung der Zulassung oder Designation der gelisteten Personen oder Körperschaften festlegen und müssen das Datum angeben, an dem jede Zulassung abläuft.

Anmerkung:

§ 7 Absatz 1 und 3 wurde geändert durch § 36 der S.I. 2012/3119.

TEIL 3

Überwachung von Arbeiten durch zugelassene Inspektoren

8. Aufgaben von zugelassenen Inspektoren

(1) Vorbehaltlich Absatz 2 muss ein zugelassener Inspektor, von dem eine Mitteilung über den Baubeginn ausgestellt wurde, so lange die Anzeige in Kraft ist solche Schritte unternehmen (welche die Prüfung von Bauarbeiten und die Entnahme von Materialproben einschließen können), wie es angemessen ist um den zugelassenen Inspektor zu ermöglichen, sich innerhalb der Grenzen von Professionalität und Sorgfalt zu überzeugen, dass:

- a) die §§ 4 (Anforderungen in Bezug auf Bauarbeiten), 6 (Anforderungen in Bezug auf wesentliche Nutzungsänderungen), 7 (Materialien und Verarbeitung), 22 (Anforderungen in Bezug auf eine Änderung des Energiestatus), 23 (Anforderungen in Bezug auf thermische Bauteile), 25A (Berücksichtigung von hocheffizienten alternativen Anlagen für Neubauten), 26 (CO₂-Emissionsraten für Neubauten), 26A (Energieeffizienzzraten für die Gebäudehülle neuer Wohnungen), 28 (Folgeverbesserungen der Gesamtenergieeffizienz), 36 (Wasser-Effizienz von neuen Wohnungen), 38 (Brandschutzinformationen), 39 (Informationen über Lüftung) und 40 (Informationen über die Nutzung von Brennstoff und Energie) der Hauptverordnung eingehalten werden und
- b) die Anforderungen des § 20 dieser Verordnung (der für die §§ 20, 25A, 27, 27A, 37, 41, 42, 43 und 44 der Hauptverordnung gilt) und § 7A (Ausweise der Gesamtenergieeffizienz beim Bau) der Energy Performance of Buildings (England and Wales) Regulations 2012 eingehalten werden.

(2) (aufgehoben)

Anmerkungen:

§ 8 Absatz 1 Buchstabe a und b wurde geändert durch § 37 der S.I. 3119/2012 sowie durch § 3 Absatz 2 Buchstabe a der S.I. 579/2014.

§ 8 Absatz 2 wurde aufgehoben durch § 3 Absatz 2 Buchstabe b der S.I. 579/2014.

§ 8 Absatz 1 Buchstabe a und b wurde geändert durch § 3 Absatz 2 der S.I. 2016/285.

9. Unabhängigkeit zugelassener Inspektoren

(1) Zugelassene Inspektoren dürfen kein berufliches oder finanzielles Interesse an den von ihnen überwachten Arbeiten haben, es sei denn es sind geringfügige Arbeiten.

(2) Eine Person („P“) ist als Person mit beruflichem oder finanziellem Interesse an den in einer nach dieser Verordnung ausgestellten Mitteilung oder Bescheinigung beschriebenen Arbeiten anzusehen, wenn

- a) P für die Planung oder Ausführung von jeglichen Arbeiten in jeglicher Weise verantwortlich ist oder war oder
- b) P oder ein Kandidat von P Mitglied, Beamter oder Beschäftigter eines Unternehmens oder einer Körperschaft ist, das bzw. die ein berufliches oder finanzielles Interesse an den Arbeiten hat oder
- c) P ein Partner einer Person ist oder in einem Beschäftigungsverhältnis zu einer Person steht, die ein berufliches oder finanzielles Interesse an den Arbeiten hat.

(3) Im Sinne dieser Vorschrift

- a) ist P so zu behandeln als hätte er oder sie ein berufliches oder finanzielles Interesse an den Arbeiten selbst, wenn P dieses Interesse nur als Treuhänder zugunsten einer anderen Person hat,
- b) im Fall von verheirateten Personen oder Lebenspartnern ist das Interesse eines Partners, wenn es dem Partner bekannt ist, als Interesse auch des anderen Partners anzusehen.

(4) Im Sinne dieser Vorschrift ist

- a) eine Beteiligung an der Arbeit als zugelassener Inspektor,
- b) ein Anspruch auf eine für P's Aufgabe als zugelassener Inspektor zu zahlende Gebühr und
- c) eine potentielle Haftung zur Zahlung einer Summe aus dem Anspruch eines für die Zwecke des Gesetzes abgeschlossenen Versicherungsschutzes

nicht als Begründung eines beruflichen oder finanziellen Interesses anzusehen.

(5) Im Sinne dieser Vorschrift sind „geringfügige Arbeiten“

- a) die wesentliche Änderung oder Erweiterung eines Wohnhauses, das vor Ausführung der Arbeiten zwei Geschosse oder weniger hatte und das nachher nicht mehr als drei Geschosse hat;
- b) die Bereitstellung, Erweiterung oder wesentliche Änderung einer kontrollierten Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung in oder in Verbindung mit einem Gebäude oder
- c) Arbeiten, die in der Unterfangung eines Gebäudes bestehen

und im Sinne dieser Vorschrift ist ein Keller nicht als Geschoss anzusehen.

10. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Mitteilung über den Baubeginn

(1) Die vorgeschriebene Form einer Mitteilung über den Baubeginn⁶,

- a) die nicht mit einer Bauvorlagenbescheinigung kombiniert ist, hat die des Formulars 1 der Anlage 1 zu sein oder
- b) die mit einer Bauvorlagenbescheinigung kombiniert ist, hat die des Formulars 4 der Anlage 1 zu sein.

(2) Einer Mitteilung über den Baubeginn müssen die Bauvorlagen und Dokumente beigelegt sein, die in dem in Absatz 1 vorgeschriebenen Formular beschrieben sind.

(3) Die Gründe aus denen eine örtliche Behörde eine Mitteilung über den Baubeginn zurückzuweisen hat, sind die in Anlage 2 vorgegebenen.

(4) Die Frist, innerhalb der eine örtliche Behörde die Zurückweisung einer Mitteilung über den Baubeginn mitteilen kann, beträgt fünf Tage beginnend mit dem Tag, an dem die Mitteilung über den Baubeginn eingereicht wird.

11. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Änderungsanzeige

(1) Die vorgeschriebene Form einer Änderungsanzeige⁷ hat die des Formulars 2 der Anlage 1 zu sein.

⁶ Siehe § 47 des Building Act 1984.

⁷ Siehe § 51A des Building Act 1984.

(2) Einer Änderungsanzeige müssen die Bauvorlagen und Dokumente beigelegt sein, die in dem in Absatz 1 vorgeschriebenen Formular beschrieben sind.

(3) Die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Änderungsanzeige zurückzuweisen hat, sind die in den §§ 1 bis 11 der Anlage 2 vorgeschriebenen.

(4) Die Frist, innerhalb der eine örtliche Behörde die Zurückweisung einer Änderungsanzeige mitteilen kann, beträgt fünf Tage beginnend mit dem Tag, an dem die Änderungsanzeige eingereicht wird.

12. Konsultation der Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst durch den zugelassenen Inspektor

(1) Diese Vorschrift gilt, wenn eine Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf die Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung eines relevanten Gebäudes einzureichen ist oder eingereicht wurde oder in Bezug auf Bauarbeiten in Verbindung mit einer relevanten Nutzungsänderung eines Gebäudes und Teil B der Anlage 1 der Hauptverordnung Anforderungen an diese Arbeiten stellt.

(2) Wenn diese Vorschrift gilt, hat der zugelassene Inspektor die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren:

- a) bevor oder sobald es nach dem Einreichen der Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf die Arbeiten möglich ist;
- b) bevor oder sobald es nach dem Einreichen einer relevanten Änderungsanzeige in Bezug auf die Arbeiten möglich ist;
- c) bevor eine Bauvorlagenbescheinigung eingereicht wird (ob kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn oder nicht) und
- d) bevor eine Bescheinigung der Fertigstellung eingereicht wird.

(3) Ein zugelassener Inspektor, von dem nach Absatz 2 gefordert wird, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, hat bei der Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst einzureichen:

- a) in einem Fall, in dem der zugelassene Inspektor sie in Verbindung mit einer Mitteilung über den Baubeginn oder einer Änderungsanzeige konsultiert, ausreichende Bauvorlagen, um zu zeigen, ob die Arbeiten, wenn sie nach diesen Bauvorlagen ausgeführt werden, die geltenden Anforderungen des Teil B der Anlage 1 der Hauptverordnung erfüllen und
- b) in einem Fall, in dem der zugelassene Inspektor sie in Verbindung mit einer Bauvorlagenbescheinigung einreicht, eine Ausfertigung der Bauvorlagen in Bezug auf die der zugelassene Inspektor die Bescheinigung auszustellen beabsichtigt.

(4) Ein zugelassener Inspektor, von dem nach Absatz 2 gefordert wird, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren,

- a) hat alle Aspekte zu berücksichtigen, die sie zum Ausdruck bringt und

- b) hat keine Bauvorlagenbescheinigung oder Bescheinigung der Fertigstellung auszustellen, bis 15 Tage seit dem Datum, an dem er sie konsultiert hat, vergangen sind, es sei denn sie hat ihre Sicht gegenüber dem zugelassenen Inspektor vor Ablauf dieser Frist zum Ausdruck gebracht.

(5) Wenn eine örtliche Bauvorschrift von der örtlichen Behörde fordern würde, wenn Bauvorlagen nach der Bauverordnung eingereicht werden, dass die örtliche Behörde die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst vor oder während der Ausführung von Arbeiten konsultiert, hat der zugelassene Inspektor die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst in ähnlicher Weise nach dem Gesetz zu konsultieren.

(6) In dieser Vorschrift:

- a) ist ein „relevantes Gebäude“ ein Gebäude oder ein Teil davon, für den die Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005⁸ gilt oder nach Fertigstellung der Bauarbeiten gelten wird;
- b) ist eine „relevante Nutzungsänderung“ eine wesentliche Nutzungsänderung, die dazu führt, dass nach dem Vollzug der Nutzungsänderung die Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005 für das Gebäude oder einen Teil davon gelten wird oder weiterhin gilt;
- c) ist eine „relevante Änderungsanzeige“ eine Änderungsanzeige, wenn irgendwelche der in der Mitteilung über den Baubeginn angegebenen Arbeiten, die nach der Änderungsanzeige geändert werden, Arbeiten sind, die nicht nach der ursprünglichen Anzeige („zusätzliche Arbeiten“) hätten ausgeführt werden können, die Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung eines relevanten Gebäudes betreffen oder Bauarbeiten in Verbindung mit einer relevanten Nutzungsänderung eines Gebäudes betreffen und Teil B der Anlage 1 der Hauptverordnung in Bezug auf die zusätzlichen Arbeiten Anforderungen stellt.

13. Konsultation des Abwasserentsorgungsunternehmens durch den zugelassenen Inspektor

(1) Diese Vorschrift gilt, wenn eine Mitteilung über den Baubeginn oder Änderungsanzeige im Hinblick auf Arbeiten einzureichen ist oder eingereicht wurde, an die Anforderung H4 der Anlage 1 der Hauptverordnung Anforderungen stellt.

(2) Wenn diese Vorschrift gilt, hat der zugelassene Inspektor das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren:

- a) bevor oder sobald wie möglich nach dem Einreichen der Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf die Arbeiten;
- b) bevor oder sobald wie möglich nach dem Einreichen einer Änderungsanzeige in Bezug auf die Arbeiten;
- c) bevor dem Einreichen einer Bauvorlagenbescheinigung (ob kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn oder nicht) und
- d) bevor dem Einreichen einer Bescheinigung über die Fertigstellung.

⁸ S.I. 2005/1541.

(3) Ein zugelassener Inspektor, von dem nach Absatz 2 gefordert wird, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, hat dem Abwasserentsorgungsunternehmen Folgendes zu übergeben:

- a) im einem Fall, in dem der zugelassene Inspektor es in Verbindung mit einer Mitteilung über den Baubeginn oder einer Änderungsanzeige konsultiert, ausreichende Bauvorlagen um zu zeigen, ob die Arbeiten, wenn sie nach diesen Bauvorlagen ausgeführt werden, die geltenden Anforderungen des Anforderung H4 der Anlage 1 der Hauptverordnung erfüllen und
- b) in einem Fall, in dem der zugelassene Inspektor es in Verbindung mit dem Einreichen einer Bauvorlagenbescheinigung konsultiert, eine Ausfertigung der Bauvorlagen in Bezug auf die der zugelassene Inspektor die Bescheinigung auszustellen beabsichtigt.

(4) Ein zugelassener Inspektor, von dem nach Absatz 2 gefordert wird, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren,

- a) hat alle Aspekte zu berücksichtigen, die es zum Ausdruck bringt und
- b) hat keine Bauvorlagenbescheinigung oder Bescheinigung der Fertigstellung auszustellen, bis 15 Tage seit dem Datum, an dem er es konsultiert hat, vergangen sind, es sei denn es hat seine Sicht gegenüber dem zugelassenen Inspektor vor Ablauf dieser Frist zum Ausdruck gebracht.

14. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung

(1) Die vorgeschriebene Form einer Bauvorlagenbescheinigung⁹,

- a) die nicht mit einer Mitteilung über den Baubeginn kombiniert ist, hat die des Formulars 3 der Anlage 1 zu sein oder
- b) die mit einer Mitteilung über den Baubeginn kombiniert ist, hat die des Formulars 4 der Anlage 1 zu sein.

(2) Die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Bauvorlagenbescheinigung zurückzuweisen hat, die nicht mit einer Mitteilung über den Baubeginn kombiniert ist, sind die in Anlage 3 vorgeschrieben.

(3) Die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Bauvorlagenbescheinigung zurückzuweisen hat, die mit einer Mitteilung über den Baubeginn kombiniert ist, sind die in Anlage 2 und in Anlage 3 vorgeschrieben.

(4) Die Frist innerhalb der eine örtliche Behörde die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung mitteilen kann (ob kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn oder nicht), beträgt fünf Tage beginnend mit dem Tag an dem die Bescheinigung eingereicht wird.

15. Wirkung der Bauvorlagenbescheinigung

Wenn eine Mitteilung über den Baubeginn außer Kraft tritt, wie in § 47 Absatz 4 Buchstabe b des Gesetzes (Aufhebung etc. einer Mitteilung über den Baubeginn) beschrieben, und die Be-

⁹ Siehe § 50 des Building Act 1984.

dingungen des § 53 Absatz 2 des Gesetzes (Bauvorlagenbescheinigung eingereicht, angenommen und nicht aufgehoben) erfüllt sind, kann die örtliche Behörde

- a) keine Mitteilung nach § 36 Absatz 1 des Gesetzes (Beseitigung oder Änderung von Arbeiten, die gegen Bauvorschriften verstoßen) machen oder
- b) kein Verfahren nach § 35 des Gesetzes wegen eines Verstoßes gegen Bauvorschriften einleiten

in Bezug auf jegliche Arbeiten, die in der Bescheinigung beschrieben sind, die in Übereinstimmung mit den Bauvorlagen ausgeführt wurden, auf die sich die Bescheinigung bezieht.

16. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung

(1) Die vorgeschriebene Form einer Bescheinigung der Fertigstellung¹⁰ hat die des Formulars 5 der Anlage 1 zu sein und die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Bescheinigung der Fertigstellung zurückzuweisen hat, sind die in Anlage 4 vorgeschriebenen.

(2) Die Frist innerhalb der eine örtliche Behörde die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung mitteilen kann, beträgt 10 Tage beginnend mit dem Tag, an dem die Bescheinigung eingereicht wird.

(3) Eine von einem zugelassenen Inspektor bei einer örtlichen Behörde nach dieser Verordnung eingereichte Bescheinigung der Fertigstellung ist Nachweis (jedoch nicht unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in der Bescheinigung angegebenen Anforderungen eingehalten wurden.

Anmerkung:

§ 16 Absatz 3 wurde eingefügt durch § 38 der S.I. 2012/3119.

17. Ereignisse, die das Außerkrafttreten einer Mitteilung über den Baubeginn verursachen

(1) Wenn eine Bescheinigung der Fertigstellung von Arbeiten, die in einer Mitteilung über den Baubeginn beschrieben sind, zurückgewiesen wird, hat die Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf die in der Bescheinigung der Fertigstellung beschriebenen Arbeiten mit Ablauf einer Frist von vier Wochen beginnend mit dem Datum, an dem die Mitteilung der Zurückweisung abgeben wurde, außer Kraft zu treten.

(2) Absatz 3 gilt, wenn die in einer Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen Arbeiten die Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Änderung eines Gebäudes einschließen und

- a) das Gebäude oder je nachdem die Erweiterung oder irgendein Teil des Gebäudes, das bzw. die bzw. der wesentlich geändert wurde, genutzt wird und
- b) keine Bescheinigung der Fertigstellung eingereicht wird.

(3) Die Mitteilung über den Baubeginn hat in Bezug auf das Gebäude, die Erweiterung oder einen Teil des Gebäudes, das bzw. die bzw. der genutzt wird, außer Kraft zu treten,

¹⁰ Siehe § 51 des Building Act 1984.

- a) wenn das Gebäude ein relevantes Gebäude gemäß der Definition des § 12 Absatz 6 Buchstabe a ist, außer wenn es nur Geschosswohnungen und gemeinsame Teile für diese Wohnungen enthält, mit Ablauf einer Frist von vier Wochen beginnend mit dem Datum der Nutzung und
- b) in allen anderen Fällen mit Ablauf einer Frist von acht Wochen beginnend mit dem Datum der Nutzung.

(4) Wenn die in einer Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen Arbeiten eine wesentliche Nutzungsänderung eines Gebäudes umfassen und

- a) keine Bescheinigung über die Fertigstellung eingereicht wird und
- b) diese Änderung stattfindet,

hat die Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf diese Nutzungsänderung mit Ablauf einer Frist von acht Wochen beginnend mit dem Datum, an dem die Nutzungsänderung stattfindet, außer Kraft zu treten.

(5) In jedem anderen Fall, in dem keine Bescheinigung der Fertigstellung eingereicht wird, tritt eine Mitteilung über den Baubeginn mit Ablauf einer Frist von acht Wochen außer Kraft beginnend mit Datum, an dem die in der Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen Arbeiten im Wesentlichen fertiggestellt sind.

(6) Eine Mitteilung über den Baubeginn hat nicht durch die Absätze 2 und 3 außer Kraft zu treten, weil ein Teil eines Gebäudes oder einer Erweiterung genutzt wird, wenn eine Bescheinigung der Fertigstellung in Bezug auf diesen Teil angenommen wurde.

(7) Eine örtliche Behörde kann jede Frist, auf die in dieser Vorschrift Bezug genommen wird, sowohl vor als auch nach ihrem Ablauf verlängern.

18. Aufhebung einer Mitteilung über den Baubeginn

(1) Ein zugelassener Inspektor, welcher der Auffassung ist, dass irgendwelche in einer Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen und ausgeführten Arbeiten gegen eine Bestimmung der Bauvorschriften verstoßen, kann der die Arbeiten ausführenden Person eine schriftliche Mitteilung machen und darin angeben:

- a) welche Anforderung der Bauvorschriften nach Auffassung des zugelassenen Inspektors nicht erfüllt wurde und
- b) die Stelle der Arbeiten, die gegen diese Anforderung verstoßen.

(2) Eine nach Absatz 1 gemachte Mitteilung eines Verstoßes hat die die Arbeit ausführende Person darüber zu informieren, dass wenn die Person die Arbeiten innerhalb der vorgeschriebenen Frist weder abreißt noch beseitigt noch daran solche Änderungen bewirkt, wie es notwendig ist, um sie zur Übereinstimmung mit den Bauvorschriften zu bringen, der zugelassene Inspektor die Mitteilung über den Baubeginn aufheben wird.

(3) Die Frist innerhalb der die die Arbeit ausführende Person dem in Absatz 2 beschriebenen Verstoß abzuhelpen hat, beträgt drei Monate beginnend mit dem Tag an dem die Mitteilung gemacht wird.

(4) Formular 6 der Anlage 1 ist die Form der Mitteilung, die ein zugelassener Inspektor zur Aufhebung einer Mitteilung über den Baubeginn nach § 52 Absatz 1 des Gesetzes unter den in § 52 Absatz 2 des Gesetzes genannten Umständen zu machen hat; wenn eine Mitteilung eines Verstoßes nach diesem Absatz abgegeben wurde und keine weitere Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf diese Arbeiten angenommen wurde, hat diese Mitteilung den Verstoß anzugeben.

(5) Formular 7 der Anlage 1 ist die Form der Mitteilung, die eine Arbeiten ausführende Person oder eine Person, welche die Ausführung von Arbeiten beabsichtigt, zur Aufhebung einer Mitteilung über den Baubeginn nach § 52 Absatz 3 des Gesetzes machen soll.

(6) Formular 8 der Anlage 1 ist die Form der Mitteilung, die eine örtliche Behörde zur Aufhebung einer Mitteilung über den Baubeginn nach § 52 Absatz 5 des Gesetzes abgeben soll.

19. Ermächtigungen örtlicher Behörden in Bezug auf teilweise fertiggestellte Arbeiten

(1) Diese Vorschrift gilt, wenn:

- a) ein Teil der in einer Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen Arbeiten ausgeführt wurde,
- b) die Mitteilung über den Baubeginn aus den in § 17 genannten Gründen außer Kraft getreten ist oder nach § 52 des Gesetzes aufgehoben wurde und
- c) kein andere Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf diesen Teil der Arbeiten angenommen wurde.

(2) Wenn Absatz 1 gilt, hat der Eigentümer:

- a) beim Erhalt einer angemessenen Mitteilung der örtlichen Behörde Folgendes zur Verfügung zu stellen:
 - i) ausreichende Bauvorlagen der ausgeführten Arbeiten, im Hinblick auf die keine Bescheinigung der Fertigstellung abgegeben wurde, um zu zeigen, ob ein Teil dieser Arbeiten, wenn sie nach den Bauvorlagen ausgeführt werden, gegen eine Bestimmung der Hauptverordnung verstoßen würde und
 - ii) wenn eine Bauvorlagenbescheinigung abgegeben wurde und nicht im Hinblick auf einen solchen Teil dieser Arbeiten zurückgewiesen wurde, eine Ausfertigung der Bauvorlagen, auf die sich die Bescheinigung bezieht und
- b) jeder schriftlichen Mitteilung der örtlichen Behörde nachzukommen, die vom Eigentümer fordert innerhalb angemessener Zeit soviel der Arbeit einzuschneiden, offenzulegen oder abzureißen, wie sie die örtliche Behörde daran hindern festzustellen, ob Arbeiten, für die es keine Bescheinigung der Fertigstellung gibt, gegen eine Anforderung der Hauptverordnung verstoßen.

(3) Wenn Absatz 1 gilt und die Arbeiten in Bezug auf ein Gebäude begonnen haben, jedoch nicht fertiggestellt sind, hat eine Person, welche beabsichtigt weitere Arbeiten in Bezug auf die teilweise fertiggestellten Arbeiten auszuführen, der örtlichen Behörde ausreichende Bauvorlagen vorzulegen, um zu zeigen, dass die beabsichtigten Arbeiten gegen keine Anforderung der Hauptverordnung verstoßen werden, einschließlich solcher Bauvorlagen, welche die bereits

ausgeführten Arbeiten soweit notwendig darstellen um zu zeigen, dass die beabsichtigten Arbeiten ausgeführt werden können, ohne gegen eine dieser Anforderungen zu verstoßen.

(4) Bauvorlagen, die bei einer örtlichen Behörde nach Absatz 3 eingereicht werden, sind nicht als Bauvorlagen zu betrachten, die in Übereinstimmung mit Bauvorschriften eingereicht wurden.

TEIL 4

Anwendung von Bestimmungen der Hauptverordnung

20. Anwendung der §§ 20, 20A, 25A, 27, 27A, 29, 37, 41, 42, 43 und 44 der Hauptverordnung

(1) § 20 (Geltende Bestimmungen für Selbstzertifizierungssysteme), § 20A (Geltende Bestimmungen für Zertifizierungssysteme Dritter), 25A (Berücksichtigung von hocheffizienten alternativen Anlagen für Neuabuten), § 27 (Berechnungen von CO₂-Emissionsraten), § 27A (Berechnungen von Energieeffizienzzraten für die Gebäudehülle), § 37 (Berechnung des Verbrauchs von genusstauglichem Wasser), § 41 (Prüfung der Schalldämmung), § 42 (Luftvolumenstromprüfung maschineller Lüftungsanlagen), § 43 (Luftdruckprüfung) und § 44 (Inbetriebnahme) der Hauptverordnung und § 7A (Ausweise der Gesamtenergieeffizienz beim Bau) der Energy Performance of Buildings (England and Wales) Regulations 2012 gelten in Bezug auf Bauarbeiten, die Gegenstand einer Mitteilung über den Baubeginn sind, als wenn Bezugnahmen auf die örtliche Behörde Bezugnahmen auf den zugelassenen Inspektor wären.

(2) § 27 Absatz 3 der Hauptverordnung gilt in Bezug auf Bauarbeiten, die Gegenstand einer Mitteilung über den Baubeginn sind, als wenn nach „nach Fertigstellung der Arbeiten“ „oder, falls früher, das Datum, an dem die Mitteilung über den Baubeginn nach § 17 der Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 außer Kraft tritt“ eingesetzt worden wäre.

(2A) § 27A Absatz 3 der Hauptverordnung gilt in Bezug auf Bauarbeiten, die der Gegenstand einer Mitteilung über den Beginn sind, als ob nach „Fertigstellung der Arbeiten“ „oder, falls früher, dem Datum, an dem die Mitteilung über den Beginn nach § 17 der Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 außer Kraft tritt“ eingefügt worden wäre.

(3) (aufgehoben)

(4) § 37 Absatz 2 der Hauptverordnung gilt in Bezug auf Bauarbeiten, die Gegenstand einer Mitteilung über den Baubeginn sind, als wenn nach „nach Fertigstellung der Arbeiten“ „oder, falls früher, das Datum, an dem die Mitteilung über den Baubeginn nach § 17 der Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 außer Kraft tritt“ eingesetzt worden wäre.

(5) § 41 der Hauptverordnung gilt in Bezug auf Bauarbeiten, die Gegenstand einer Mitteilung über den Baubeginn sind, als wenn

- a) Absatz 3 Buchstabe b durch „b) dem zugelassenen Inspektor gemäß Absatz 2 Buchstabe b) spätestens fünf Tage nach Fertigstellung der Arbeiten übergeben werden, auf die sich die Mitteilung über den Baubeginn bezieht.“ ersetzt worden wäre;
- b) in Absatz 4 die Worte „spätestens am Datum der Übergabe der Mitteilung nach § 16 Absatz 1 mitteilt“ durch die Worte „vor Beginn der Bauarbeiten auf der Baustelle“ ersetzt worden wären.

(6) § 44 der Hauptverordnung gilt in Bezug auf Bauarbeiten, die Gegenstand einer Mitteilung über den Baubeginn sind, als wenn Absatz 4 ersetzt worden wäre durch:

„(4) Die Mitteilung ist dem zugelassenen Inspektor zu übergeben:

- a) vorbehaltlich Buchstabe b und c, spätestens fünf Tage nach Fertigstellung der Arbeiten, auf die sich die Mitteilung über den Baubeginn bezieht;
- b) wenn § 17 der Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 gilt, spätestens an dem Datum, an dem die Mitteilung über den Baubeginn außer Kraft tritt oder, falls früher, am Ende der in Buchstabe a genannten Frist;
- c) wenn § 20 durch § 20 der Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 gilt, spätestens an dem Datum, an dem die von jener Vorschrift geforderte Mitteilung oder Bescheinigung eingereicht werden muss.“.

(7) § 7A Absatz 3 der Energy Performance of Buildings (England and Wales) Regulations 2012 gilt in Bezug auf Bauarbeiten, die Gegenstand einer Mitteilung über den Baubeginn sind, als ob nach „Arbeiten fertiggestellt sind“ „oder, falls früher, das Datum an dem in Übereinstimmung mit § 17 der Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2010 die Mitteilung über den Baubeginn außer Kraft tritt“ eingesetzt worden wäre.

Anmerkungen:

§ 20 Absatz 1 wurde geändert durch § 39 der S.I. 2012/3119, durch § 10 der S.I. 2013/1959 sowie durch § 3 Absatz 2 Buchstabe a und b der S.I. 2014/579.

§ 20 Absatz 2A wurde eingefügt durch § 3 Absatz 3 Buchstabe c der S.I. 2014/579.

§ 20 Absatz 1 wurde geändert durch § 3 Absatz 3 Buchstabe a der S.I. 2016/285.

§ 20 Absatz 3 wurde aufgehoben durch § 3 Absatz 3 Buchstabe b der S.I. 2016/285.

§ 20 Absatz 7 wurde angefügt durch § 3 Absatz 3 Buchstabe c der S.I. 2016/285.

TEIL 5 Öffentliche Körperschaften

21. Zulassung öffentlicher Körperschaften

(1) Wenn es dem Minister in England bzw. den walisischen Ministern in Wales geboten erscheint, dass

- a) es öffentlichen Körperschaften einer bestimmten Beschreibung ermöglicht werden soll ihre eigenen Arbeiten nach § 54 des Gesetzes zu überwachen oder
- b) eine öffentliche Körperschaft zum Zweck der Überwachung ihrer eigenen Arbeiten zugelassen werden soll,

hat der Minister oder je nachdem die walisischen Minister diese Beschreibung einer Körperschaft oder je nachdem die Körperschaft schriftlich zuzulassen und solche Schritte zu unternehmen, die ihnen geeignet erscheinen, um die örtlichen Behörden und öffentlichen Körperschaften über die Zulassung zu informieren, die von der Zulassung betroffen sind.

(2) In England kann der Minister bzw. in Wales können die walisischen Minister die Zulassung durch eine schriftliche Mitteilung an die betroffene öffentliche Körperschaft zurückziehen und

haben solche Schritte zu unternehmen, die ihnen geeignet erscheinen, um die örtlichen Behörden über solch eine Zurückziehung zu informieren.

22. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung der Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft

- (1) Die vorgeschriebene Form einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft¹¹,
- a) die nicht mit einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft kombiniert ist, hat die des Formulars 9 der Anlage 1 zu sein oder
 - b) die mit einer Bauvorlagenbescheinigung¹² einer öffentlichen Körperschaft kombiniert ist, hat die des Formulars 11 der Anlage 1 zu sein.
- (2) Einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft sind die Bauvorlagen und Dokumente beizufügen, die in dem in Absatz 1 vorgeschriebenen Formular beschrieben sind.
- (3) Die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft zurückzuweisen hat, sind die in Anlage 5 vorgeschriebenen.
- (4) Die Frist, innerhalb der eine örtliche Behörde die Zurückweisung einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft bekanntgeben kann, beträgt zehn Tage beginnend mit dem Tag, an dem die Mitteilung eingereicht wird.

23. Konsultation zwischen der öffentlichen Körperschaft und der Feuer- und Rettungsbehörde

Falls eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft abgegeben wird, ist § 12 so anzuwenden als wenn eine Mitteilung über den Baubeginn abgegeben wird und zu diesem Zweck sind in jener Vorschrift die Bezugnahmen auf eine Mitteilung über den Baubeginn, auf eine Bauvorlagenbescheinigung und auf eine Bescheinigung der Fertigstellung durch eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft, eine Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft und eine Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft zu ersetzen.

24. Konsultation zwischen der öffentlichen Körperschaft und dem Abwasserentsorgungsunternehmen

Falls eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft abgegeben wird, ist § 13 so anzuwenden als wenn eine Mitteilung über den Baubeginn abgegeben wird und zu diesem Zweck sind in jener Vorschrift die Bezugnahmen auf eine Mitteilung über den Baubeginn, auf eine Bauvorlagenbescheinigung und auf eine Bescheinigung der Fertigstellung durch eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft, eine Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft und eine Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft zu ersetzen.

25. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft

- (1) Die vorgeschriebene Form einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft¹³,

¹¹ Siehe § 54 des Building Act 1984.

¹² Siehe § 2 Absatz 2 der Anlage 4 des Building Act 1984.

¹³ Siehe § 2 der Anlage 4 des Building Act 1984.

- a) die nicht mit einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft kombiniert ist, hat die des Formulars 10 der Anlage 1 zu sein oder
- b) die mit einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft kombiniert ist, hat die des Formulars 11 der Anlage 1 zu sein.

(2) Die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft zurückzuweisen hat, sind die in Anlage 6 vorgeschriebenen.

(3) Die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft zurückzuweisen hat, die mit einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft kombiniert ist, sind die in Anlage 5 und 6 vorgeschriebenen.

(4) Die Frist, innerhalb der eine örtliche Behörde die Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft oder kombinierte Mitteilung und Bescheinigung zurückweisen kann, beträgt zehn Tage beginnend mit dem Tag, an dem die Bescheinigung eingereicht wird.

26. Wirkung einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft

(1) Wenn eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft außer Kraft tritt und die Bedingungen des § 4 Absatz 2 der Anlage 4 des Gesetzes (Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft angenommen und nicht aufgehoben) erfüllt sind, kann die örtliche Behörde

- a) keine Mitteilung nach § 36 Absatz 1 des Gesetzes (Beseitigung oder Änderung von Arbeiten, die gegen Bauvorschriften verstoßen) machen oder
- b) kein Verfahren nach § 35 des Gesetzes wegen eines Verstoßes gegen Bauvorschriften einleiten

in Bezug auf Arbeiten, die in der Bescheinigung beschrieben sind und die in Übereinstimmung mit den Bauvorlagen ausgeführt wurden, auf die sich die Bescheinigung bezieht.

27. Form, Gründe und Frist für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft

(1) Die vorgeschriebene Form einer Bescheinigung der Fertigstellung¹⁴ einer öffentlichen Körperschaft hat die des Formulars 12 der Anlage 1 zu sein und die Gründe, aus denen eine örtliche Behörde eine Bescheinigung der Fertigstellung zurückzuweisen hat, sind die in Anlage 7 vorgeschriebenen.

(2) Die Frist innerhalb der eine örtliche Behörde die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft mitteilen kann, beträgt zehn Tage beginnend mit dem Tag, an dem die Bescheinigung eingereicht wird.

28. Ereignisse, die das Außerkrafttreten einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft verursachen

§ 17 gilt, wenn eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft eingereicht wird, als wenn eine Mitteilung über den Baubeginn eingereicht wird, und zu diesem Zweck sind in jener Vorschrift die Bezugnahmen auf eine Mitteilung über den Baubeginn und auf eine Bescheinigung der

¹⁴ Siehe § 3 der Anlage 4 des Building Act 1984.

Fertigstellung durch eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft und eine Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft zu ersetzen.

TEIL 6

Bescheinigungen in Bezug auf eingereichte Bauvorlagen

29. Nach § 16 Absatz 9 des Gesetzes eingereichte Bescheinigungen

(1) Die §§ 3 bis 7 gelten in Bezug auf

- a) die Zulassung und die Beendigung einer Zulassung einer Person zur Bescheinigung von Bauvorlagen nach § 16 Absatz 9 des Gesetzes, und
- b) die Designation und die Beendigung der Designation von Körperschaften zur Zulassung solcher Personen,

wie sie in Bezug auf die Zulassung von Inspektoren beziehungsweise die Designationen von Körperschaften zur Zulassung von Inspektoren gelten.

(2) Die §§ 4 bis 6 der Hauptverordnung sind im Sinne des § 16 Absatz 9 des Gesetzes vorgeschrieben, sofern einer davon die Einhaltung von

- a) Teil A (Tragwerk) der Anlage 1 der Hauptverordnung und
- b) Teil L (Einsparung von Brennstoff und Energie) der Anlage 1 der Hauptverordnung fordert.

(3) Falls eingereichten Bauvorlagen eine Bescheinigung beigelegt ist, wie in § 16 Absatz 9 des Gesetzes genannt, ist der von jener Vorschrift geforderte Versicherungsnachweis eine vom Versicherer unterzeichnete Erklärung, dass eine vom Minister genehmigte, benannte Versicherung in Bezug auf die Bescheinigung gilt, die den Bauvorlagen beigelegt ist.

(4) Umstände im Sinne des § 16 Absatz 9 des Gesetzes, unter denen eine örtliche Behörde eingereichte Bauvorlagen aus den in § 16 Absatz 9 Nummer i oder ii genannten Gründen zurückweisen kann, sind

- a) wenn die Bescheinigung erklärt, dass die in den Bauvorlagen dargestellten Arbeiten die Anforderungen des Teil A (Tragwerk) der Anlage 1 der Hauptverordnung erfüllen;
- b) Anforderung A3 jener Anlage für die in den Bauvorlagen dargestellten Arbeiten gilt und
- c) die Bescheinigung keine Erklärung darüber enthält, dass die Person, welche die Bescheinigung ausstellt, kein berufliches oder finanzielles Interesse an den dargestellten Arbeiten hat und nicht haben wird, bis die Arbeiten fertiggestellt sind.

(5) Die Bestimmungen des § 9 Absatz 1 bis 4 sind anzuwenden zum Zweck der Entscheidung, ob eine Person ein berufliches oder finanzielles Interesse an den in den Bauvorlagen dargestellten Arbeiten hat, als wenn die Bezugnahmen in diesen Bestimmungen auf zugelassene Inspektoren Bezugnahmen auf Personen wären, die im Sinne des § 16 Absatz 9 des Gesetzes zugelassen sind.

TEIL 7

Verschiedene Bestimmungen

30. Verzeichnis der Mitteilungen und Bescheinigungen

(1) Das Verzeichnis, das örtliche Behörden nach § 56 des Gesetzes¹⁵ zu führen haben, hat die in Absatz 2 aufgeführten Informationen zu enthalten in Bezug auf

- a) Mitteilungen über den Baubeginn, Änderungsanzeigen, Mitteilungen nach § 51C des Gesetzes¹⁶ oder Mitteilungen öffentlicher Körperschaften, die gegenwärtig in Kraft sind, und
- b) die in Absatz 3 beschriebenen Bescheinigungen, die angenommen wurden oder von denen angenommen werden kann, dass sie angenommen wurden.

(2) Die zu registrierenden Informationen sind

- a) die Beschreibung der Arbeiten, auf die sich die Mitteilung oder Bescheinigung bezieht und die Stelle der Arbeiten;
- b) die Namen und Anschriften von allen Personen, welche die Mitteilung oder Bescheinigung unterzeichnet haben;
- c) (aufgehoben)
- d) das Datum, an dem die Mitteilung oder Bescheinigung angenommen wurde oder von dem anzunehmen ist, dass sie angenommen wurde.

(3) Die in Absatz 1 genannten Bescheinigungen sind Bauvorlagenbescheinigungen, Bescheinigungen der Fertigstellung, Bauvorlagenbescheinigungen öffentlicher Körperschaften, Bescheinigungen der Fertigstellung öffentlicher Körperschaften und Bescheinigungen, die nach § 16 Absatz 9 des Gesetzes eingereicht wurden.

(4) Ein Verzeichnis hat einen Index zu enthalten, der es einer Person ermöglicht jeden Eintrag in dem Verzeichnis durch Verweis auf die Adresse des Grund und Bodens aufzufinden, auf den sich die Mitteilung oder Bescheinigung bezieht.

(5) Die in Absatz 2 vorgeschriebenen Informationen sind in das Verzeichnis so bald wie möglich einzutragen und in jedem Fall innerhalb von 14 Tagen nach dem Auftreten auf die sie sich beziehen.

Anmerkung:

§ 30 Absatz 2 Buchstabe c wurde aufgehoben durch § 40 der S.I. 2012/3119.

31. Ein Verstoß gegen bestimmte Vorschriften ist nicht als Straftat anzusehen

¹⁵ § 56 Absatz 1 bis 4 wird voraussichtlich aufgehoben werden durch den Anlage des Sustainable and Secure Buildings Act 2004 und § 56 Absatz 1, 2 und 5 wurden geändert durch S.I. 1996/1905.

¹⁶ § 51C wurde eingefügt durch S.I. 1996/1905.

Jede dieser Vorschriften mit Ausnahme des § 19 ist als Bestimmung designiert, für die § 35 des Gesetzes (Bußgeld für das Verstoßen gegen Bauvorschriften) nicht gilt.

32. Elektronische Zustellung von Dokumenten

§ 94A des Gesetzes¹⁷ (Elektronische Zustellung von Dokumenten) ist anzuwenden, als wenn die folgenden Dokumente solche Dokumente wären, die in Absatz 7 jener Vorschrift genannt sind:

- a) eine Mitteilung nach § 18 Absatz 1;
- b) eine Mitteilung nach § 19 Absatz 2 Buchstabe b;
- c) eine Bescheinigung oder Mitteilung nach § 20 der Hauptverordnung, der durch § 20 dieser Verordnung anzuwenden ist;
- d) eine Mitteilung nach § 27 Absatz 2 oder 3 der Hauptverordnung, der durch § 20 dieser Verordnung anzuwenden ist;
- e) (aufgehoben);
- f) (aufgehoben);
- g) eine Mitteilung nach § 37 Absatz 1 der Hauptverordnung, der durch § 20 dieser Verordnung anzuwenden ist;
- h) Ergebnisse von Prüfungen der Schalldämmung nach § 41 Absatz 2 Buchstabe b der Hauptvorschriften, der durch § 20 dieser Verordnung anzuwenden ist;
- i) eine Mitteilung nach § 42 Absatz 2 Buchstabe b der Hauptverordnung, der durch § 20 dieser Verordnung anzuwenden ist;
- j) eine Mitteilung der Ergebnisse einer Luftdruckprüfung nach § 43 Absatz 2 Buchstabe b der Hauptverordnung, der durch § 20 dieser Verordnung anzuwenden ist;
- k) eine Mitteilung nach § 44 Absatz 3 der Hauptverordnung, der durch § 20 dieser Verordnung anzuwenden ist;
- l) ein Ausweis der Gesamtenergieeffizienz nach § 7A Absatz 2 Buchstabe a der Energy Performance of Building Regulations (England and Wales) Regulations 2012, wie nach § 20 angewendet;
- m) eine Mitteilung nach § 7A Absatz 2 Buchstabe b der Energy Performance of Building Regulations (England and Wales) Regulations 2012, wie nach § 20 angewendet.

Anmerkungen:

§ 32 Buchstabe e und f wurden aufgehoben durch § 3 Absatz 4 Buchstabe a der S.I. 2016/285.
§ 32 Buchstabe l und m wurden angefügt durch § 3 Absatz 4 Buchstabe b der S.I. 2016/285.

¹⁷ § 94A wurde eingefügt durch S.I. 2008/2334.

33. Übergangsbestimmungen: Auslegung

In den §§ 34 bis 37

sind „die Approved Inspectors Regulations 2000“ die Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2000¹⁸;

sind „die 2009 Regulations“ die Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2009¹⁹;

sind „the 2010 Regulations“ die Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2010²⁰.

34. Übergangsbestimmungen: Arbeiten, mit denen bereits vor dem 1. Oktober 2010 begonnen wurde

(1) Wenn vorbehaltlich Absatz 2 mit Bauarbeiten vor dem 1. Oktober 2010 in Übereinstimmung mit folgenden Unterlagen begonnen wurde:

- a) eine Bauanzeige oder vollständige Bauvorlagen, die nach § 12 Absatz 2A der Building Regulations 2000²¹ (Einreichen einer Bauanzeige oder Einreichen von Bauvorlagen) bei einer örtlichen Behörde eingereicht wurden und eine Mitteilung, die nach § 15 Absatz 1 jener Verordnung²² (Mitteilung über Beginn und Fertigstellung bestimmter Bauphasen) bei einer örtlichen Behörde eingereicht wurde;
- b) eine Mitteilung über den Baubeginn oder eine Änderungsanzeige, die nach § 47 Absatz 1 (Einreichen und Akzeptieren einer Mitteilung über den Baubeginn) oder § 51A Absatz 2 (Abweichung von Arbeiten, auf die sich eine Mitteilung über den Baubeginn bezieht) des Gesetzes²³ eingereicht wurde;
- c) eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft, die nach § 54 (Einreichen, Akzeptieren und Wirkung einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft) des Gesetzes eingereicht wurde,

sind die Approved Inspectors Regulations 2000, zuletzt geändert durch die 2009 Regulations, weiterhin anzuwenden.

(2) Wenn vor dem 1. Oktober 2010 mit Bauarbeiten in Übereinstimmung mit einer Mitteilung über den Baubeginn begonnen wurde, die durch eine Änderungsanzeige geändert wird, die an oder nach diesem Datum eingereicht wurde, sind die Approved Inspectors Regulations 2000, zuletzt geändert durch die 2009 Regulations, weiterhin auf soviel der Bauarbeiten anzuwenden, wie nach der Mitteilung über den Baubeginn hätten ausgeführt werden können, wenn die Änderungsanzeige nicht eingereicht worden wäre.

¹⁸ S.I. 2000/2532.

¹⁹ S.I. 2009/1219 geändert durch S.I. 2009/2465 und 2010/719.

²⁰ S.I. 2010/719.

²¹ § 12 Absatz 2A wurde eingefügt durch S.I. 2006/652.

²² § 15 Absatz 1 wurde geändert durch S.I. 2002/440 und 2006/652.

²³ § 47 Absatz 1 wurde geändert durch § 8 des Sustainable and Secure Buildings Act 2004 und S.I. 1996/1905. § 51A Absatz 2 wurde eingefügt durch S.I. 1996/1905.

(3) Wenn vor dem 1. Oktober 2010 mit Bauarbeiten begonnen wurde, für die § 12 Absatz 5 Buchstabe a oder b²⁴ der Building Regulations 2000 gilt, sind die Approved Inspectors Regulations 2000, zuletzt geändert durch die 2009 Regulations, weiterhin auf diese Bauarbeiten anzuwenden.

35. Übergangsbestimmungen: Arbeiten, für die keine Mitteilung erforderlich ist

Wenn vor dem 1. Oktober 2010 ein Vertrag zur Bereitstellung von Bauarbeiten eingegangen wurde, für die § 12 Absatz 5 Buchstabe a oder b der Building Regulations 2000 gilt, sind die Approved Inspectors Regulations 2000, zuletzt geändert durch die 2009 Regulations, weiterhin auf diese Bauarbeiten anzuwenden, vorausgesetzt, dass mit den Arbeiten vor dem 6. April 2011 begonnen wurde.

36. Übergangsbestimmungen: Mitteilungen, die vor dem 1. Oktober 2010 eingereicht wurden

(1) Die Approved Inspectors Regulations 2000, zuletzt geändert durch die 2009 Regulations, sind vorbehaltlich Absatz 2 weiterhin in Bezug auf Bauarbeiten anzuwenden, wenn

- a) vor dem 1. Oktober 2010 eine Bauanzeige, eine Mitteilung über den Baubeginn, eine Bauvorlagenbescheinigung, eine Änderungsanzeige, eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft oder vollständige Bauvorlagen bei einer örtlichen Behörde eingereicht wurde(n) und
- b) die Arbeiten in Übereinstimmung mit einer solchen Mitteilung oder Bauvorlagen ausgeführt wird oder ausgeführt werden sollen, ob mit oder ohne Abweichung von diesen Bauvorlagen,

vorausgesetzt, dass mit den Arbeiten vor dem 1. Oktober 2011 begonnen wurde.

(2) Wenn eine vor dem 1. Oktober 2010 eingereichte Mitteilung über den Baubeginn durch eine an oder nach diesem Datum eingereichte Änderungsanzeige geändert wird, sind die Approved Inspectors Regulations 2000, zuletzt geändert durch die 2009 Regulations, weiterhin auf diese Bauarbeiten anzuwenden, soweit diese nach der Mitteilung über den Baubeginn hätten ausgeführt werden können, wenn die Änderungsanzeige nicht eingereicht worden wäre, vorausgesetzt dass mit den Arbeiten vor dem 1. Oktober 2011 begonnen wurde.

37. Übergangsbestimmungen und salvatorische Bestimmungen: frühere Bauverordnungen

(1) Wenn unmittelbar vor dem 1. Oktober 2010 eine der in Absatz 2 aufgeführten Übergangsbestimmungen in Bezug auf Bauarbeiten anzuwenden waren, sind die in Anlage 8 spezifizierten Vorschriften weiterhin in Bezug auf diese Bauarbeiten in Übereinstimmung mit jener Bestimmung anzuwenden, als wenn diese Verordnung nicht verordnet worden wäre.

(2) Die Bestimmungen sind:

§ 9 der Building (Approved Inspectors etc.) (Amendment) Regulations 2010²⁵;

²⁴ § 12 Absatz 5 wurde ersetzt durch S.I. 2004/3210 und geändert durch S.I. 2008/671.

²⁵ S.I. 2002/2872, geändert durch S.I. 2003/3133.

die §§ 3 und 4 der Building (Approved Inspectors etc.) (Amendment) Regulations 2002²⁶;

die §§ 29, 30 und 33 der Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2006, sofern sie sich auf die Approved Inspectors Regulations 2000 beziehen;

§ 4 der Building and Approved Inspectors (Amendment) (No.2) Regulations 2006²⁷, sofern er sich auf die Approved Inspectors Regulations 2000 bezieht;

§ 4 der Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2007²⁸, sofern er sich auf die Approved Inspectors Regulations 2000 bezieht;

die §§ 4 bis 6 und 8 der 2009 Regulations, sofern sie sich auf die Approved Inspectors Regulations 2000 beziehen.

(3) Wenn unmittelbar vor dem 1. Oktober 2010 § 32 der Approved Inspectors Regulations 2000 in Bezug auf Bauarbeiten anzuwenden war, sind die in Anlage 1 jener Verordnung spezifizierten Vorschriften nach jener Übergangsbestimmung weiterhin in Bezug auf diese Bauarbeiten anzuwenden, als ob diese Verordnung nicht verordnet worden wäre.

38. Widerrufe und Folgeänderungen

(1) Die in der ersten Spalte der Tabelle in Anlage 8 angegebenen Verordnungen werden in dem Umfang widerrufen, der jeweils in der dritten Spalte dieser Tabelle angegeben ist.

(2) Anlage 9, die Folgeänderungen der Building (Local Authority Charges) Regulations 2010²⁹ und der Energy Performance of Buildings (Certificates and Inspections) (England and Wales) Regulations 2007³⁰ enthält, ist anzuwenden.

Unterzeichnet im Namen des Ministers

6. September 2010

Andrew Stunell
Parlamentarischer Staatssekretär
Department for Communities and Local Government

²⁶ S.I. 2006/652.

²⁷ S.I. 2006/3318.

²⁸ S.I. 2007/3384.

²⁹ S.I. 2010/404.

³⁰ S.I. 2007/991.

§ 10 Absatz 1, § 11 Absatz 1, § 14 Absatz 1,
§ 16 Absatz 1, § 18 Absatz 4 bis 6, § 22 Absatz 1, § 25 Absatz 1 und § 27 Absatz 1

ANLAGE 1

Formulare

Formular 1

§ 47 des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

MITTEILUNG ÜBER DEN BAUBEGINN

An: **(1)**

1. Diese Mitteilung bezieht sich auf folgende Arbeiten: **(2)**
2. Der zugelassene Inspektor in Bezug auf diese Arbeiten ist: **(3)**
3. Die Person, die beabsichtigt die Arbeiten auszuführen ist: **(3)**
4. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] **(4)** neue Wohnung³¹
5. Dieser Mitteilung sind folgende Dokumente beigelegt, die für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten relevant sind: **(5)**
 - a) [im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, ein Plan in einem Maßstab von nicht weniger als 1:1250, der die Grenzen und die Lage des Baugrundstücks darstellt und (wenn die Arbeiten den Bau einer neuen Abwasserleitung oder einer privaten Kanalisation einschließen) eine Stellungnahme:
 - i) zu der ungefähren Lage jeder beabsichtigten Verbindung zu einer Kanalisation oder
 - ii) wenn keine Verbindung zu einer Kanalisation geschaffen werden soll, zu der geplanten Ableitung der geplanten Abwasserleitung oder der privaten Kanalisation einschließlich der Lage jedes Faultanks und damit verbundenen sekundären Behandlungsanlage oder jeder Anlage zur Abwasserbehandlung oder Abwassergrube;]
 - b) [im Fall einer neuen Wohnung:
 - i) eine Stellungnahme ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 für die Bauarbeiten gelten oder nicht und wenn ja welche:
 - aa) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - bb) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - cc) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen) oder

³¹ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

- ii) eine Stellungnahme, dass für die Arbeiten noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde und dass die nach Buchstabe b Nummer i erforderlichen Informationen sobald wie möglich zur Verfügung gestellt werden nachdem die planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde **(6)**;
- c) [eine Stellungnahme zu jeder örtlichen Bauvorschrift, die für die Arbeiten relevant ist und zu den Schritten, die zu unternehmen sind, um es einzuhalten.]
6. Die Arbeiten [sind]/[sind keine] **(4)** geringfügigen Arbeiten. **(8)**
7. [Ich **(9)** erkläre, dass ich während diese Mitteilung in Kraft ist, keinerlei finanzielles oder berufliches Interesse **(10)** an den beschriebenen Arbeiten habe oder haben werde.] **(7)**
8. Der zugelassene Inspektor [ist]/[ist nicht] **(11)** nach § 12 der Verordnung verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren.
9. [Ich **(9)** verpflichte mich, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor ich im Hinblick auf irgendeine der oben beschriebenen Arbeiten eine Bauvorlagenbescheinigung nach § 50 des Gesetzes oder eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 51 des Gesetzes ausstelle.] **(7)**
10. Der zugelassene Inspektor [ist]/[ist nicht] **(12)** nach § 13 der Verordnung verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren.
11. [Ich **(9)** verpflichte mich, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor ich im Hinblick auf jede der oben beschriebenen Arbeiten eine Bauvorlagenbescheinigung nach § 50 des Gesetzes oder eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 51 des Gesetzes ausstelle.] **(7)**
12. Ich **(9)** bin mir der durch Teil 2 des Gesetzes und durch § 8 der Verordnung auferlegten Verpflichtungen bewusst.
13. Ich **(9)** bin zugelassener Inspektor im Sinne von Teil 2 des Gesetzes im Hinblick auf die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten.
14. Kopien der Zulassungsbescheinigung und eine entsprechende Versicherungserklärung für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten sind im Register der nach § 3 der Verordnung designierten Körperschaft enthalten.

Unterzeichnet

Unterzeichnet

Zugelassener Inspektor

Person, welche die Arbeit auszuführen beabsichtigt

Datum

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Name und Anschrift der örtlichen Behörde.

(2) Lage und Beschreibung der Arbeiten, einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.

(3) Name und Anschrift.

(4) Nichtzutreffendes streichen.

(5) Die örtliche Behörde kann diese Mitteilung nur aus den vom Minister vorgeschriebenen Gründen zurückweisen. Diese sind in Anlage 2 der Verordnung festgelegt. Sie schließen das Fehlen relevanter Dokumente ein. Die in Nummer 5 dieser Mitteilung aufgeführten, für die oben beschriebenen Arbeiten

relevanten Dokumente, sollen deshalb mit dieser Mitteilung übersandt werden. Jeder Absatz, der nicht zutrifft, soll gestrichen werden.

(6) Die Informationen können in einer gemäß § 51A des Gesetzes eingereichten Änderungsanzeige zur Verfügung gestellt werden.

(7) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.

(8) „Geringfügige Arbeiten“ hat die in § 9 Absatz 5 der Verordnung angegebene Bedeutung. Wenn die Arbeiten keine geringfügigen Arbeiten sind, ist die Erklärung nach Nummer 7 abzugeben.

(9) Name des zugelassenen Inspektors.

(10) „Berufliches oder finanzielles Interesse“ hat die in § 9 der Verordnung angegebene Bedeutung.

(11) Nichtzutreffendes streichen. Wenn der Inspektor verpflichtet ist die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, muss die Erklärung unter Nummer 9 abgegeben werden.

(12) Nichtzutreffendes streichen. Wenn der Inspektor verpflichtet ist das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, muss die Erklärung unter Nummer 11 abgegeben werden.

Anmerkungen:

Nummer 4 Buchstabe a und b des Formular 1 wurden aufgehoben durch § 41 Absatz 2 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

Nummer 12 und 13 sowie Anmerkung 12 des Formular 1 wurden eingefügt durch § 41 Absatz 2 Buchstabe b und c der S.I. 2012/3119.

Formular 1 wurde ersetzt durch Formular 1 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 2

§ 51A des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

ÄNDERUNGSANZEIGE

An: **(1)**

1. Diese Anzeige ändert die Mitteilung über den Baubeginn, von der dieser Anzeige eine Kopie beigelegt ist.
2. Diese Anzeige ändert die Arbeiten in der Mitteilung über den Baubeginn in der folgenden Weise: **(2)**
3. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] **(4)** neue Wohnung³²
4. Dieser Anzeige sind folgende Dokumente beigelegt, die für die in dieser Anzeige beschriebenen Arbeiten relevant sind **(4)**
 - a) eine Kopie der Original-Mitteilung;
 - b) entweder
 - i) eine Stellungnahme mit der Wirkung, dass alle mit der Original-Mitteilung eingereichten Bauvorlagen unverändert bleiben, oder
 - ii) alle geänderten Bauvorlagen und eine Stellungnahme, dass alle nicht beigelegten Bauvorlagen unverändert bleiben;
 - c) [im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, ein Plan in einem Maßstab von nicht weniger als 1:1250, der die Grenzen und die Lage des Baugrundstücks darstellt und (wenn die Arbeit den Bau einer neuen Abwasserleitung oder einer privaten Kanalisation einschließen) eine Stellungnahme:
 - i) zu der ungefähren Lage jeder beabsichtigten Verbindung zu einer Kanalisation oder
 - ii) wenn keine Verbindung zu einer Kanalisation geschaffen werden soll, zu der geplanten Ableitung der geplanten Abwasserleitung oder der privaten Kanalisation einschließlich der Lage jedes Faultanks und damit verbundenen sekundären Behandlungsanlage oder jeder Anlage zur Abwasserbehandlung oder Abwassergrube;]
 - d) [im Fall einer neuen Wohnung:
 - i) eine Stellungnahme ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 für die geänderten Bauarbeiten gelten oder nicht und wenn ja welche:
 - aa) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - bb) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),

³² Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

- cc) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen) oder
- ii) eine Stellungnahme, dass für die Arbeiten noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde und dass die nach Buchstabe d Nummer i erforderlichen Informationen sobald wie möglich zur Verfügung gestellt werden nachdem die planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde **(6)**;
- e) [eine Stellungnahme zu jeder örtlichen Bauvorschrift, die für die Arbeiten relevant ist und zu den Schritten, die zu unternehmen sind, um es einzuhalten.]
5. Die Arbeiten [sind]/[sind keine] **(3)** geringfügigen Arbeiten. **(6)**
6. [Ich **(7)** erkläre, dass ich während diese Mitteilung in Kraft ist, keinerlei finanzielles oder berufliches Interesse **(8)** an den beschriebenen Arbeiten habe oder haben werde.] **(9)**
7. [Ich **(7)** bin überzeugt, dass mir Bauvorlagen in Bezug auf die oben beschriebenen Arbeiten übergeben wurden und dass sie weder mangelhaft sind noch Arbeiten darstellen, die, wenn sie in Übereinstimmung mit ihnen ausgeführt werden, gegen keine Bestimmung der Bauverordnung verstoßen würden.] **(9)**
8. Der zugelassene Inspektor [ist]/[ist nicht] **(10)** nach § 12 der Verordnung verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren.
9. [Ich **(7)** verpflichte mich, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor ich im Hinblick auf irgendeine der oben beschriebenen Arbeiten eine Bauvorlagenbescheinigung nach § 50 des Gesetzes oder eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 51 des Gesetzes ausstelle.] **(9)**
10. Der zugelassene Inspektor [ist]/[ist nicht] **(11)** nach § 13 der Verordnung verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren.
11. [Ich **(7)** verpflichte mich, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor ich im Hinblick auf jede der oben beschriebenen Arbeiten eine Bauvorlagenbescheinigung nach § 50 des Gesetzes oder eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 51 des Gesetzes ausstelle.] **(9)**
12. Ich **(7)** bin mir der durch Teil 2 des Gesetzes und durch § 8 der Verordnung auferlegten Verpflichtungen bewusst.
13. Ich **(7)** bin ein zugelassener Inspektor im Sinne von Teil 2 des Gesetzes und die Arbeiten oben sind [insgesamt]/[Teil] **(3)** der in einer von mir eingereichten und auf den **(12)** datierten Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen Arbeiten.
14. Kopien der Zulassungsbescheinigung und eine entsprechende Versicherungserklärung für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten sind im Register der nach § 3 der Verordnung designierten Körperschaft enthalten.

Unterzeichnet

Unterzeichnet

Zugelassener Inspektor

Person, die beabsichtigt die Arbeiten auszuführen

Datum

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Name und Anschrift der örtlichen Behörde.

- (2) Lage und/oder Beschreibung der neuen Arbeiten in der Änderungsanzeige und wie sie die in der Mitteilung über den Baubeginn genannten Arbeiten ändert einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.
- (3) Nichtzutreffendes streichen.
- (4) Die örtliche Behörde kann diese Anzeige nur aus den vom Minister vorgeschriebenen Gründen zurückweisen. Diese sind in den §§ 1 bis 11 der Anlage 2 der 2010 Verordnung festgelegt. Sie schließen das Fehlen relevanter Dokumente ein. Die in Nummer 3 dieser Anzeige aufgeführten, für die oben beschriebenen Arbeiten relevanten Dokumente, sollen deshalb mit dieser Anzeige übersandt werden. Jeder Absatz, der nicht zutrifft, soll gestrichen werden.
- (5) Die Informationen können in einer gemäß § 51A des Gesetzes eingereichten weiteren Änderungsanzeige zur Verfügung gestellt werden.
- (6) „Geringfügige Arbeiten“ hat die in § 9 Absatz 5 der Verordnung angegebene Bedeutung. Wenn die Arbeiten keine geringfügigen Arbeit sind, ist die Erklärung nach Nummer 6 abzugeben.
- (7) Name des zugelassenen Inspektors.
- (8) „Berufliches oder finanzielles Interesse“ hat die in § 9 der Verordnung angegebene Bedeutung.
- (9) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.
- (10) Nichtzutreffendes streichen. Wenn der Inspektor verpflichtet ist die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, muss die Erklärung unter Nummer 9 abgegeben werden.
- (11) Nichtzutreffendes streichen. Wenn der Inspektor verpflichtet ist das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, muss die Erklärung unter Nummer 11 abgegeben werden.
- (12) Datum eintragen.

Anmerkungen:

Nummer 3 Buchstabe b und d des Formular 2 wurden aufgehoben durch § 41 Absatz 3 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

Nummer 12 und 13 sowie Anmerkung 11 des Formular 2 wurden eingefügt durch § 41 Absatz 3 Buchstabe b und c der S.I. 2012/3119.

Formular 2 wurde ersetzt durch Formular 2 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 3

§ 50 des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

BAUVORLAGENBESCHEINIGUNG

1. Diese Bescheinigung bezieht sich auf folgenden Arbeiten: **(1)**
2. Ich bin ein zugelassener Inspektor im Sinne von Teil 2 des Gesetzes und die Arbeiten oben sind [insgesamt]/[Teil] **(2)** der in einer von mir eingereichten und datierten Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen Arbeiten. **(3)**
3. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] **(4)** neue Wohnung³³
4. [Im Fall einer neuen Wohnung, für die eine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde, [gelten keine optionale Anforderungen der Bauverordnung 2010]/[gelten eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 für die Arbeiten, nämlich **(5)**:
 - a) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - b) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - c) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen).]]
5. [Im Fall einer neuen Wohnung, für die noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde, bezieht sich diese Planbescheinigung nur auf solche Teile der Arbeiten, für die keine Anforderungen nach § 36 der Bauverordnung 2010 oder für die nicht die Anforderungen M4 Absatz 1, 2 oder 3 der Anlage 1 der Bauverordnung 2010 gelten können.] **(5)**
6. Kopien der Zulassungsbescheinigung und eine entsprechende Versicherungserklärung für die in dieser Bauvorlagenbescheinigung beschriebenen Arbeiten sind im Register der nach § 3 der Verordnung designierten Körperschaft enthalten.
7. Bauvorlagen der oben spezifizierten Arbeiten wurden mir übergeben und ich bin überzeugt, dass die Bauvorlagen weder mangelhaft sind noch Arbeiten darstellen, die, wenn sie nach ihnen ausgeführt werden, gegen irgendeine Bestimmung der Bauverordnung verstoßen würden.
8. Die Arbeiten [sind]/[sind keine] **(2)** geringfügigen Arbeiten. **(7)**
9. [Ich erkläre, dass ich keinerlei finanzielles oder berufliches Interesse **(8)** an den beschriebenen Arbeiten gehabt habe, seit die in Nummer 6 beschriebene Mitteilung über den Baubeginn eingereicht wurde.] **(6)**
10. [Ich habe die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst nach § 12 der Verordnung konsultiert.] **(6)**
11. Ich habe das Abwasserentsorgungsunternehmen nach § 13 der Verordnung konsultiert.] **(6)**
12. Die Bauvorlagen auf die sich diese Bescheinigung bezieht, tragen folgendes Datum und folgende Referenznummer: **(9)**

³³ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

Unterzeichnet

Zugelassener Inspektor

Datum

ANMERKUNGEN

- (1) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.
- (2) Nichtzutreffendes streichen.
- (3) Datum eintragen.
- (4) Nichtzutreffendes streichen. Wenn die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen, muss jeweils die Stellungnahme nach Nummer 4 oder 5 abgegeben werden.
- (5) Die optionalen Anforderungen streichen, die nicht für die Arbeiten gelten.
- (6) Diese Stellungnahme streichen wenn sie nicht zutrifft.
- (7) „Geringfügige Arbeiten“ hat die in § 9 Absatz 5 der 2010 Verordnung angegebene Bedeutung. Wenn die Arbeiten keine geringfügigen Arbeiten sind, ist die Erklärung nach Nummer 6 abzugeben.
- (8) „Berufliches oder finanzielles Interesse“ hat die in § 9 der 2010 Verordnung angegebene Bedeutung.
- (9) Datum und Referenznummer eintragen.

Anmerkungen:

Nummer 3 des Formular 3 wurde geändert durch § 41 Absatz 4 der S.I. 2012/3119.
Formular 3 wurde ersetzt durch Formular 3 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 4

§§ 47 und 50 des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

KOMBINIERTE MITTEILUNG ÜBER DEN BAUBEGINN UND BAUVORLA-
GENBESCHEINIGUNG (1)

An: (2)

1. Diese Bescheinigung bezieht sich auf folgende Arbeiten: (3)
2. Der zugelassene Inspektor in Bezug auf die Arbeiten ist: (4)
3. Die Person, die beabsichtigt die Arbeiten auszuführen, ist: (4)
4. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] (5) neue Wohnung³⁴
5. Dieser Mitteilung sind folgende Dokumente beigelegt, die für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten relevant sind: (6)
 - a) im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, ein Plan in einem Maßstab von nicht weniger als 1:1250, der die Grenzen und die Lage des Baugrundstücks darstellt und (wenn die Arbeiten den Bau einer neuen Abwasserleitung oder einer privaten Kanalisation einschließen) eine Stellungnahme:
 - i) zu der ungefähren Lage jeder beabsichtigten Verbindung zu einer Kanalisation oder
 - ii) wenn keine Verbindung zu einer Kanalisation geschaffen werden soll, zu der geplanten Ableitung der geplanten Abwasserleitung oder der privaten Kanalisation einschließlich der Lage jedes Faultanks und damit verbundenen sekundären Behandlungsanlage oder jeder Anlage zur Abwasserbehandlung oder Abwassergrube;]
 - b) [Im Fall einer neuen Wohnung, eine Stellungnahme, ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 für die Bauarbeiten gelten oder nicht und wenn ja welche:
 - i) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - ii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - iii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen).]]
 - c) [eine Stellungnahme zu jeder örtlichen Bauvorschrift, die für die Arbeiten relevant ist und zu den Schritten, die zu unternehmen sind, um es einzuhalten.]
6. Die Arbeiten [sind]/[sind keine] (5) geringfügigen Arbeiten. (6)
7. [Ich (8) erkläre, dass ich während diese Mitteilung in Kraft ist, keinerlei finanzielles oder berufliches Interesse (9) an den beschriebenen Arbeiten habe oder haben werde.] (10)

³⁴ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

8. Mir (8) wurden Bauvorlagen der oben beschriebenen Arbeiten vorgelegt und ich bin überzeugt, dass sie weder mangelhaft sind noch Arbeiten darstellen, die, wenn sie in Übereinstimmung mit ihnen ausgeführt werden, gegen keine Bestimmung der Bauverordnung verstoßen würden.
9. Der zugelassene Inspektor [ist]/[ist nicht] nach § 12 der Verordnung verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren.
10. [Ich (8) habe die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst nach § 12 konsultiert.] (10)
11. [Ich (8) verpflichte mich, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor ich im Hinblick auf irgendeine der oben beschriebenen Arbeiten eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 51 des Gesetzes ausstelle.] (10)
12. Der zugelassene Inspektor [ist]/[ist nicht] (12) nach § 13 der Verordnung verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren.
13. [Ich (8) habe das Abwasserentsorgungsunternehmen nach § 13 konsultiert.] (10)
14. [Ich (8) verpflichte mich, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor ich im Hinblick auf jede der oben beschriebenen Arbeiten eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 51 des Gesetzes ausstelle.] (10)
15. Die Bauvorlagen auf die sich diese Bescheinigung bezieht, tragen folgendes Datum und folgende Referenznummer: (13)
16. Ich (8) bin mir der durch Teil 2 des Gesetzes und durch § 8 der Verordnung auferlegten Verpflichtungen bewusst.
17. Ich (8) bin ein zugelassener Inspektor im Sinne von Teil 2 des Gesetzes im Hinblick auf die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten.
18. Kopien der Zulassungsbescheinigung und eine entsprechende Versicherungserklärung für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten sind im Register der nach § 3 der Verordnung designierten Körperschaft enthalten.

Unterzeichnet

Unterzeichnet

Zugelassener Inspektor

Person, welche die Arbeit auszuführen beabsichtigt

Datum

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Wenn die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen, jedoch noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde, kann dieses Formular nicht verwendet werden und die Formulare 1 (Mitteilung über den Baubeginn) und 2 (Bauvorlagenbescheinigung) werden getrennt eingereicht werden müssen.

(2) Name und Anschrift der örtlichen Behörde.

(3) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.

(4) Name und Anschrift

(5) Nichtzutreffendes streichen.

(6) Die örtliche Behörde kann diese Bescheinigung nur aus den vom Minister vorgeschriebenen Gründen zurückweisen. Diese sind in den Anlagen 2 und 3 der Verordnung festgelegt. Sie schließen das Fehlen relevanter Dokumente ein. Die in Nummer 5 dieser Mitteilung aufgeführten, für die oben beschriebenen Arbeiten relevanten Dokumente, sollen deshalb mit dieser Mitteilung übersandt werden. Jeder Absatz, der nicht zutrifft, soll gestrichen werden.

(7) „Geringfügige Arbeiten“ hat die in § 9 Absatz 5 der Verordnung angegebene Bedeutung. Wenn die Arbeiten keine geringfügigen Arbeiten sind, ist die Erklärung nach Nummer 7 abzugeben.

(8) Name des zugelassenen Inspektors.

(9) „Berufliches oder finanzielles Interesse“ hat die in § 9 der Verordnung angegebene Bedeutung.

(10) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.

(11) Nichtzutreffendes streichen. Wenn der Inspektor verpflichtet ist die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, müssen die Erklärungen unter Nummer 10 und 11 abgegeben werden.

(12) Nichtzutreffendes streichen. Wenn der Inspektor verpflichtet ist das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, müssen die Erklärungen unter Nummer 13 und 14 abgegeben werden.

(13) Datum und Referenznummer eintragen.

Anmerkungen:

Nummer 4 Buchstabe a und b des Formular 4 wurden aufgehoben durch § 41 Absatz 5 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

Nummer 16 und 17 sowie Anmerkung 13 des Formular 4 wurden eingefügt durch § 41 Absatz 5 Buchstabe b und c der S.I. 2012/3119.

Formular 4 wurde ersetzt durch Formular 4 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 5

§ 51 des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Vorschriften“)

BESCHEINIGUNG DER FERTIGSTELLUNG

1. Diese Bescheinigung bezieht sich auf folgende Arbeiten: **(1)**
2. Ich bin zugelassener Inspektor und die oben beschriebenen Arbeiten waren [insgesamt]/[Teil] **(2)** der in einer von mir eingereichten und auf den **(3)** datierten [und am **(3)** geänderten] Mitteilung über den Baubeginn **(4)**.
3. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] **(5)** neue Wohnung³⁵
4. [Für die Arbeiten gelten keine optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010.] **(6)**
5. [Eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 gelten, nämlich **(7)**:
 - a) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - b) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - c) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen).] **(6)**
6. Die oben beschriebenen Arbeiten sind fertiggestellt und ich habe die mir durch § 8 der Verordnung übertragenen Aufgaben erfüllt.
7. [Eine Bescheinigung der Fertigstellung wurde jetzt im Hinblick auf alle in der in Absatz 2 oben genannten Mitteilung über den Baubeginn beschriebenen Arbeiten ausgestellt.] **(6)**
8. Kopien der Zulassungsbescheinigung und eine entsprechende Versicherungserklärung für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten sind im Register der nach § 3 der Verordnung designierten Körperschaft enthalten.
9. Die Arbeiten [sind]/[sind keine] **(2)** geringfügigen Arbeiten. **(8)**
10. [Ich habe seit der Ausstellung der in Absatz 2 oben beschriebenen Mitteilung über den Baubeginn keinerlei berufliches oder finanzielles Interesse **(9)** an den oben beschriebenen Arbeiten gehabt.] **(6)**
11. Diese Bescheinigung ist Nachweis (aber nicht unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in der Bescheinigung angegebenen Anforderungen eingehalten wurden.

Unterzeichnet

Zugelassener Inspektor

Datum

³⁵ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

ANMERKUNGEN

- (1) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.
- (2) Nichtzutreffendes streichen.
- (3) Datum eintragen.
- (4) Die Wörter in eckigen Klammern streichen, wenn sie nicht zutreffen.
- (5) Nichtzutreffendes streichen. Wenn die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen, muss entweder die Erklärung nach Nummer 4 oder 5 abgegeben werden.
- (6) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.
- (7) Die optionalen Anforderungen streichen, die nicht für die Arbeiten gelten.
- (8) „Geringfügige Arbeiten“ hat die in § 9 Absatz 5 der 2010 Verordnung angegebene Bedeutung. Wenn die Arbeiten keine geringfügigen Arbeiten sind, ist die Erklärung nach Nummer 10 abzugeben.
- (9) „Professionelles oder finanzielles Interesse“ hat die in § 9 der Verordnung angegebene Bedeutung.

Anmerkungen:

Nummer 6 des Formular 5 wurde geändert durch § 41 Absatz 6 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.
Nummer 9 des Formular 5 wurde eingefügt durch § 41 Absatz 6 Buchstabe b der S.I. 2012/3119.
Formular 5 wurde ersetzt durch Formular 5 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 6

§ 52 Abs. 1 Building Act 1984

Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

MITTEILUNG DER AUFHEBUNG DURCH DEN ZUGELASSENEN INSPEKTOR

An: **(1)**

1. Diese Mitteilung bezieht sich auf folgende Arbeiten: **(2)**
2. Eine Mitteilung über den Baubeginn datiert auf den **(3)** wurde eingereicht und die Arbeiten oben wurden darin angegeben.
3. Ich bin der zugelassene Inspektor in Bezug auf diese Arbeiten.
4. Hiermit hebe ich die Mitteilung über den Baubeginn auf.
5. [Ich habe der die Arbeiten ausführenden Person nach § 18 der Verordnung Mitteilung gemacht und diese Person hat den Verstoß nicht in der vorgegebenen Frist behoben. Der Verstoß ist:] **(4)**

Unterschrift

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Name und Anschrift der Person einsetzen, der die Mitteilung übergeben wird. Die Mitteilung muss der örtlichen Behörde übergeben werden und der Person, welche die Arbeiten ausführt oder deren Ausführung beabsichtigt.

(2) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.

(3) Datum eintragen

(4) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft. Wenn sie zutrifft, die Bestimmung der Bauverordnung (einschließlich der spezifischen Anforderung) angeben, gegen die verstoßen wurde.

Anmerkung:

Formular 6 wurde ersetzt durch Formular 6 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 7

§ 52 Absatz 3 des Building Act 1984
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010

MITTEILUNG DER AUFHEBUNG DURCH DIE PERSON, WELCHE DIE ARBEI-
TEN AUSFÜHRT

An: **(1)**

1. Diese Mitteilung bezieht sich auf folgende Arbeiten: **(2)**
2. Eine Mitteilung über den Baubeginn datiert auf den **(3)** wurde eingereicht und die Arbeiten oben wurden darin spezifiziert.
3. Ich bin die Person, die [die Arbeiten ausführt]/[die beabsichtigt die Arbeiten auszuführen] **(4)**.
4. Hiermit hebe ich die Mitteilung über den Baubeginn auf.

Unterschrift

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Name und Anschrift der Person einsetzen, der die Mitteilung übergeben wird. Sie muss der örtlichen Behörde übergeben werden und wenn möglich dem zugelassenen Inspektor.

(2) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.

(3) Datum eintragen

(4) Nichtzutreffendes streichen.

Anmerkung:

Formular 7 wurde ersetzt durch Formular 7 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 8

§ 52 Absatz 5 des Building Act 1984
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010

MITTEILUNG DER AUFHEBUNG DURCH ÖRTLICHE BEHÖRDE

An: **(1)**

1. Diese Mitteilung bezieht sich auf folgende Arbeiten: **(2)**
2. Ich bin durch die folgende örtliche Behörde autorisiert diese Mitteilung zu unterzeichnen: **(3)**
3. Die Behörde hat am **(4)** eine Mitteilung über den Baubeginn angenommen und die Arbeiten oben waren darin beschrieben.
4. Es erscheint der örtlichen Behörde, dass mit den Arbeiten, auf die sich die Mitteilung über den Baubeginn bezieht, nicht innerhalb der Frist von drei Jahren begonnen wurde, beginnend an dem Datum, an dem die Mitteilung über den Baubeginn angenommen wurde und die örtliche Behörde hebt hiermit diese Mitteilung über den Baubeginn auf.

Unterschrift

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Name und Anschrift der Person einsetzen, der die Mitteilung übergeben wird. Sie muss dem zugelassenen Inspektor übergeben werden und der Person, die in der Mitteilung über den Baubeginn als die Person angegeben ist, welche die Ausführung der Arbeit beabsichtigt.

(2) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.

(3) Name und Anschrift der örtlichen Behörde.

(4) Datum eintragen.

Anmerkung:

Formular 8 wurde ersetzt durch Formular 8 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 9

§ 54 des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

MITTEILUNG EINER ÖFFENTLICHEN KÖRPERSCHAFT

An: **(1)**

1. Diese Mitteilung bezieht sich auf folgende Arbeiten: **(2)**
2. **(3)** ist eine nach Teil 2 des Gesetzes zugelassene öffentliche Körperschaft und beabsichtigt in Bezug auf ein Gebäude, das zu ihr gehört, die oben beschriebenen Arbeiten auszuführen, die in von ihren eigenen Bediensteten oder Beauftragten adäquat überwacht werden können.
3. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] **(4)** neue Wohnung³⁶
4. Dieser Mitteilung sind folgende Dokumente beigelegt, die für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten relevant sind: **(4)**
 - a) [im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, ein Plan in einem Maßstab von nicht weniger als 1:1250, der die Grenzen und die Lage des Baugrundstücks darstellt und (wenn die Arbeiten den Bau einer neuen Abwasserleitung oder einer privaten Kanalisation einschließen) eine Stellungnahme:
 - i) zu der ungefähren Lage jeder beabsichtigten Verbindung zu einer Kanalisation, oder
 - ii) wenn keine Verbindung zu einer Kanalisation geschaffen werden soll, zu der geplanten Ableitung der geplanten Abwasserleitung oder der privaten Kanalisation einschließlich der Lage jedes Faultanks und damit verbundenen sekundären Behandlungsanlage oder jeder Anlage zur Abwasserbehandlung oder Abwassergrube;]
 - b) im Fall einer neuen Wohnung:
 - i) eine Stellungnahme ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 für die Bauarbeiten gelten oder nicht und wenn ja welche:
 - aa) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - bb) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - cc) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen) oder
 - ii) eine Stellungnahme, dass für die Arbeiten noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde und dass die nach Buchstabe b Nummer i erforderlichen Informationen sobald wie möglich zur Verfügung gestellt werden nachdem die planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde;]
 - c) [eine Stellungnahme zu jeder örtlichen Bauvorschrift, die für die Arbeiten relevant ist und zu den Schritten, die zu unternehmen sind, um es einzuhalten.]

³⁶ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

5. Die öffentliche Körperschaft [wird]/[wird nicht] **(6)** nach § 23 der Verordnung verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren.
6. [(3) verpflichtet sich, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor sie im Hinblick auf irgendeine der oben beschriebenen Arbeiten eine Bauvorlagenbescheinigung nach § 2 der Anlage 4 des Gesetzes oder eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 3 der Anlage 4 des Gesetzes ausgestellt wird.] **(7)**
7. Die öffentliche Körperschaft [wird]/[wird nicht] **(8)** nach § 24 der Verordnung verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren.
8. [(3) verpflichtet sich, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor im Hinblick auf jede der oben beschriebenen Arbeiten eine Bauvorlagenbescheinigung nach § 2 der Anlage 4 des Gesetzes oder eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 3 der Anlage 4 des Gesetzes ausgestellt wird.] **(7)**

Unterschrift

Datum

ANMERKUNGEN

- (1)** Name und Anschrift der örtlichen Behörde.
- (2)** Lage und Beschreibung der Arbeit, einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeit bezieht.
- (3)** Name und Anschrift der öffentlichen Körperschaft.
- (4)** Nichtzutreffendes streichen.
- (5)** Die örtliche Behörde kann diese Mitteilung nur aus den vom Minister vorgeschriebenen Gründen zurückweisen. Diese sind in Anlage 5 der Verordnung festgelegt. Sie schließen das Fehlen relevanter Dokumente ein. Die in Nummer 4 der Mitteilung aufgeführten, für die oben beschriebenen Arbeiten relevanten Dokumente, sollen deshalb mit dieser Mitteilung übersandt werden. Jeder Absatz, der nicht zutrifft, soll gestrichen werden.
- (6)** Nichtzutreffendes streichen. Wenn die öffentliche Körperschaft verpflichtet ist die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, muss die Erklärung unter Nummer 6 abgegeben werden.
- (7)** Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.
- (8)** Nichtzutreffendes streichen. Wenn die öffentliche Körperschaft verpflichtet ist das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, muss die Erklärung unter Nummer 8 abgegeben werden.

Anmerkung:

Formular 9 wurde ersetzt durch Formular 9 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 10

§ 2 der Anlage 4 des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

BAUVORLAGENBESCHEINIGUNG EINER ÖFFENTLICHEN KÖRPERSCHAFT

1. Diese Bescheinigung bezieht sich auf folgende Arbeit: **(1)**
2. **(2)** ist eine zugelassene öffentliche Körperschaft nach Teil 2 des Gesetzes und die Arbeiten sind [insgesamt]/[Teil] **(3)** der in einer von ihr eingereichten und datierten Mitteilung über den Baubeginn **(4)**.
3. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] **(5)** neue Wohnung³⁷
4. [Im Fall einer neuen Wohnung, für die eine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde, [gelten keine optionale Anforderungen der Bauverordnung 2010]/[gelten eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 für die Arbeiten, nämlich **(6)**:
 - a) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienz Anforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - b) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - c) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen).]] **(7)**
5. [Im Fall einer neuen Wohnung, für die noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde, bezieht sich diese Planbescheinigung nur auf solche Teile der Arbeiten, für die keine Anforderungen nach § 36 der Bauverordnung 2010 oder für die nicht die Anforderungen M4 Absatz 1, 2 oder 3 der Anlage 1 der Bauverordnung 2010 gelten können.] **(7)**
6. Bauvorlagen der oben spezifizierten Arbeiten wurden von einem Bediensteten oder Beauftragten der öffentlichen Körperschaft inspiziert, der kompetent ist die Bauvorlagen zu beurteilen und diese Person ist überzeugt, dass die Bauvorlagen weder mangelhaft sind noch Arbeiten darstellen, die, wenn sie in Übereinstimmung mit ihnen ausgeführt werden, gegen irgendeine Bestimmung der Bauverordnung verstoßen würden.
7. [Die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst wurde nach § 23 der Verordnung konsultiert.] **(7)**
8. [Das Abwasserentsorgungsunternehmen wurde nach § 24 der Verordnung konsultiert.] **(7)**
9. Die inspizierten Bauvorlagen tragen folgendes Datum und folgende Referenznummer: **(8)**

Unterschrift

Datum

ANMERKUNGEN

³⁷ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

- (1) Lage und/oder Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.
- (2) Name und Anschrift der öffentlichen Körperschaft.
- (3) Nichtzutreffendes streichen.
- (4) Datum eintragen.
- (5) Nichtzutreffendes streichen. Wenn die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen, muss entweder die Erklärung nach Nummer 4 oder 5 abgegeben werden.
- (6) Die optionalen Anforderungen streichen, die nicht für die Arbeiten gelten.
- (7) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.
- (8) Datum und Referenznummer eintragen.

Anmerkung:

Formular 10 wurde ersetzt durch Formular 10 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 11

§ 2 Absatz 2 der Anlage 4 des Building Act 1984 („Das Gesetz“)
Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

KOMBINIERTE MITTEILUNG UND BAUVORLAGENBESCHEINIGUNG EINER
ÖFFENTLICHEN KÖRPERSCHAFT (1)

An: (2)

1. Diese Mitteilung bezieht sich auf folgende Arbeiten: (3)
2. (4) ist eine zugelassene öffentliche Körperschaft nach Teil 2 des Gesetzes.
3. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] (5) neue Wohnung³⁸
4. Dieser Mitteilung sind folgende Dokumente beigelegt, die für die in dieser Mitteilung beschriebenen Arbeiten relevant sind: (6)
 - a) [im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, ein Plan in einem Maßstab von nicht weniger als 1:1250, der die Grenzen und die Lage des Baugrundstücks darstellt und (wenn die Arbeiten den Bau einer neuen Abwasserleitung oder einer privaten Kanalisation einschließen) eine Stellungnahme:
 - i) zu der ungefähren Lage jeder beabsichtigten Verbindung zu einer Kanalisation oder
 - ii) wenn keine Verbindung zu einer Kanalisation geschaffen werden soll, zu der geplanten Ableitung der geplanten Abwasserleitung oder der privaten Kanalisation einschließlich der Lage jedes Faultanks und damit verbundenen sekundären Behandlungsanlage oder jeder Anlage zur Abwasserbehandlung oder Abwassergrube;]
 - b) [Im Fall einer neuen Wohnung, eine Stellungnahme, ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 für die Bauarbeiten gelten oder nicht und wenn ja welche:
 - i) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - ii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - iii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen)];
 - c) [eine Stellungnahme zu jeder örtlichen Bauvorschrift, die für die Arbeiten relevant ist und zu den Schritten, die zu unternehmen sind, um es einzuhalten.]
5. Bauvorlagen der oben beschriebenen Arbeiten wurden von einem Bediensteten oder Beauftragten der öffentlichen Körperschaft inspiziert, der kompetent ist die Bauvorlagen zu beurteilen und diese Person ist überzeugt, dass die Bauvorlagen weder mangelhaft sind noch Arbeiten darstellen, die wenn sie in Übereinstimmung mit ihnen ausgeführt werden, gegen irgendeine Bestimmung der Bauvorschriften verstoßen würden.

³⁸ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

6. Die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst wurde nach § 23 der Verordnung konsultiert.] (7)
7. [Die Körperschaft verpflichtet sich, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor im Hinblick auf irgendeine der oben beschriebenen Arbeiten eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 3 der Anlage 4 des Gesetzes ausgestellt wird.] (7)
8. [Das Abwasserentsorgungsunternehmen wurde nach § 24 der Verordnung konsultiert.]
9. [Die Körperschaft verpflichtet sich, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor im Hinblick auf irgendeine der oben beschriebenen Arbeiten eine Bescheinigung der Fertigstellung nach § 3 der Anlage 4 des Gesetzes ausgestellt wird.] (7)
10. Die Bauvorlagen, auf die sich diese Mitteilung bezieht, tragen folgendes Datum und folgende Referenznummer: (8)

Unterschrift

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Wenn die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen, jedoch noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde, kann dieses Formular nicht verwendet werden und die Formulare 9 (Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft) und 10 (Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft) werden getrennt eingereicht werden müssen.

(2) Name und Anschrift der örtlichen Behörde.

(3) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.

(4) Name und Anschrift der öffentlichen Körperschaft.

(5) Nichtzutreffendes streichen.

(6) Die örtliche Behörde kann diese Bescheinigung nur aus den vom Minister vorgeschriebenen Gründen zurückweisen. Diese sind in den Anlagen 5 und 6 der Verordnung festgelegt. Sie schließen das Fehlen relevanter Dokumente ein. Die in Nummer 4 dieser Mitteilung aufgeführten, für die oben beschriebenen Arbeiten relevanten Dokumente, sollen deshalb mit dieser Mitteilung übersandt werden. Jeder Absatz, der nicht zutrifft, soll gestrichen werden.

(7) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.

(8) Datum und Referenznummer eintragen.

Anmerkung:

Formular 11 wurde ersetzt durch Formular 11 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

Formular 12

§ 3 der Anlage 4 des Building Act 1984

Die Bau- (Zugelassene Inspektoren etc.) Verordnung 2010 („die Verordnung“)

BESCHEINIGUNG DER FERTIGSTELLUNG EINER ÖFFENTLICHEN KÖRPERSCHAFT

1. Diese Bescheinigung bezieht sich auf folgende Arbeiten: **(1)**
2. Die oben beschriebenen Arbeiten sind [insgesamt]/[Teil] **(2)** der Arbeiten, die in einer von **(3)** eingereichten und am **(4)** eingereichten Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft beschrieben sind. Die Arbeiten wurden von einem Bediensteten oder Beauftragten von **(3)** überwacht, um die Erfüllung der materiellen Anforderungen der Bauverordnung sicherzustellen, die für sie gelten.
3. Die Arbeiten [betreffen eine]/[betreffen keine] **(5)** neue Wohnung³⁹
4. [Für die Arbeiten gelten keine optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010.] **(6)**
5. [Eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen der Bauverordnung 2010 gelten, nämlich **(7)**:
 - a) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - b) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - c) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen).] **(6)**
6. Eine Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft wurde jetzt ausgestellt im Hinblick auf alle in der in Nummer 2 genannten Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft beschriebenen Arbeiten] **(6)**
7. Die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst wurde nach § 23 der Verordnung konsultiert.] **(6)**
8. Das Abwasserentsorgungsunternehmen wurde nach § 24 der Verordnung konsultiert.] **(6)**
9. Diese Bescheinigung ist Nachweis (jedoch nicht unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in der Bescheinigung angegebenen Anforderungen eingehalten wurden.

Unterschrift

Datum

ANMERKUNGEN

(1) Lage und Beschreibung der Arbeiten einschließlich der Nutzung jedes Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen.

³⁹ Eine neue Wohnung schließt eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g der Bauverordnung 2010 geschaffen wird.

- (2) Nichtzutreffendes streichen.
- (3) Namen der öffentlichen Körperschaft eintragen.
- (4) Datum eintragen.
- (5) Nichtzutreffendes streichen. Wenn die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen, muss entweder die Erklärung nach Nummer 4 oder 5 abgegeben werden.
- (6) Diese Stellungnahme streichen, wenn sie nicht zutrifft.
- (7) Die optionalen Anforderungen streichen, die nicht für die Arbeiten gelten.

Anmerkung:

Nummer 7 des Formular 12 wurde eingefügt durch § 41 Absatz 7 der S.I. 2012/3119.
Formular 12 wurde ersetzt durch Formular 12 aus Anlage 2 der S.I. 2015/767.

§ 10 Absatz 3, § 11 Absatz 3 und § 14 Absatz 3

ANLAGE 2**Gründe für die Zurückweisung einer Mitteilung über den Baubeginn, einer Änderungsanzeige oder einer Bauvorlagenbescheinigung kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn***Mängel in einer Mitteilung über den Baubeginn***§ 1 Form**

Die Mitteilung hat nicht die vorgeschriebene Form.

§ 2 Falsche örtliche Behörde

Kein Teil der in der Mitteilung beschriebenen Arbeiten soll im Zuständigkeitsbereich der örtlichen Behörde ausgeführt werden, bei der die Mitteilung eingereicht wurde.

§ 3 Fachkompetenz des zugelassenen Inspektors

Die Person, welche die Mitteilung als zugelassener Inspektor unterzeichnet hat, ist kein zugelassener Inspektor.

*Informationsdefizite***§ 4 Informationen über die beabsichtigten Arbeiten**

Weder die Mitteilung noch die beigelegten Bauvorlagen und Dokumente beinhalten:

- a) die Lage und eine Beschreibung der Arbeiten, einschließlich der Nutzung eines jeden Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen;
- b) Informationen, welche die örtliche Behörde benötigt um zu entscheiden, ob die Anzeige aus Grund 10 oder 11 zurückzuweisen ist;
- c) die Information, ob die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen oder nicht;
- d) im Fall einer Mitteilung über den Baubeginn oder einer Änderungsanzeige in Bezug auf eine neue Wohnung, entweder
 - i) eine Stellungnahme ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen für die Bauarbeiten gelten und wenn ja welche:
 - aa) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - bb) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),

- cc) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen).
- ii) eine Stellungnahme, dass für die Arbeiten noch keine planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde und dass die nach Nummer i erforderlichen Informationen sobald wie möglich zur Verfügung gestellt werden nachdem die planungsrechtliche Genehmigung erteilt wurde;]
- e) ***im Fall einer Bauvorlagenbescheinigung kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn, eine Stellungnahme gemäß Buchstabe d Nummer i.***

§ 5 Mitteilung über die Zulassung

(aufgehoben)

Mangelnde Erklärung oder Verpflichtungen

§ 6 Versicherung

Im Falle einer auf oder nach dem 6. April 2013 datierten Mitteilung, nachdem alle angemessenen Schritte unternommen wurden, um festzustellen, ob es eine vom Minister genehmigte, benannte Versicherung in Bezug auf die in der Mitteilung beschriebenen Arbeiten gibt, glaubt die örtliche Behörde, dass dies nicht der Fall ist.

§ 7 Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst

Der zugelassene Inspektor wird durch § 12 verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor eine Bauvorlagenbescheinigung oder eine Bescheinigung der Fertigstellung ausgestellt wird und die Mitteilung enthält keine Verpflichtung dies zu tun.

§ 8 Abwasserentsorgungsunternehmen

Der zugelassene Inspektor wird durch § 13 verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor eine Bauvorlagenbescheinigung oder eine Bescheinigung der Fertigstellung ausgestellt wird und die Mitteilung enthält keine Verpflichtung dies zu tun.

§ 9 Unabhängigkeit

Mit Ausnahme von in der Mitteilung beschriebenen Arbeiten, die erklärtermaßen geringfügige Arbeiten gemäß der Definition des § 9 Absatz 5 sind, enthält die Mitteilung keine Erklärung des zugelassenen Inspektors, dass der zugelassene Inspektor kein berufliches oder finanzielles Interesse an den Arbeiten hat und nicht haben wird während die Mitteilung über den Baubeginn in Kraft ist.

Defizite in Bezug auf die beabsichtigten Arbeiten

§ 10 Abwasserleitungsanschluss

Im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, bei der die örtliche Behörde davon ausgehen muss, dass zur Erfüllung der Anforderungen des Teil H der Anlage 1 der Hauptverordnung eine geplante Abwasserleitung oder eine private Kanalisation in eine vorhandene Kanalisation ableiten muss, die der Mitteilung beigefügte Stellungnahme jedoch keine solche Vorkehrung beschreibt.

§ 11 Örtlich erlassene Gesetze

Die örtliche Behörde ist nicht überzeugt, dass die beschriebenen Arbeiten jedes örtlich erlassene Gesetz einhalten werden, das von ihr fordert oder sie autorisiert nach der Bauverordnung eingereichte Bauvorlagen zurückzuweisen.

Überschneidung mit einer früheren Mitteilung

§ 12 Frühere Mitteilung

(1) Mit Ausnahme von Fällen, in denen Absatz 2 gilt, wurde bereits eine Mitteilung über den Baubeginn („eine frühere Mitteilung“) im Hinblick auf irgendeinen Teil der in der Mitteilung beschriebenen Arbeiten eingereicht.

(2) Der Grund in Absatz 1 gilt nicht, wenn:

- a) eine frühere Mitteilung außer Kraft getreten ist und die örtliche Behörde keine positiven Schritte unternommen hat, um die darin beschriebenen Arbeiten zu überwachen; oder
- b) der Mitteilung eine Verpflichtung des zugelassenen Inspektors beigefügt ist, der eine frühere Mitteilung in dem Sinne eingereicht hat, dass der zugelassene Inspektor diese Mitteilung aufheben wird, sobald die vorgenannte in der Prüfung befindlichen Mitteilung über den Baubeginn angenommen ist.

Anmerkungen:

§ 5 der Anlage 2 wurde aufgehoben durch § 42 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

§ 6 der Anlage 2 wurde geändert durch § 42 Buchstabe b der S.I. 2012/3119.

§ 4 Buchstabe c bis e wurden eingefügt durch § 3 Absatz 4 der S.I. 2015/767.

§ 14 Absatz 2 und 3

ANLAGE 3

Gründe für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung oder einer Bauvorlagenbescheinigung kombiniert mit einer Mitteilung über den Baubeginn

Defizite an Form und Information

§ 1 Form

Die Bescheinigung hat nicht die vorgeschriebene Form.

§ 2 Arbeiten

Die Bescheinigung beschreibt nicht die Arbeiten, auf die sie sich bezieht.

§ 2A Optionale Anforderungen

Die Bescheinigung enthält:

- oder
- a) keine Information, ob die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen oder nicht
 - b) im Fall einer neuen Wohnung keine Information, ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen für die Bauarbeiten gelten und wenn ja welche:
 - i) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - ii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - iii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen) oder
 - c) im Fall einer Bauvorlagenbescheinigung in Bezug auf eine neue Wohnung, keine Stellungnahme, dass sie sich nur auf solche Teile der Arbeiten bezieht, für die keine Anforderungen nach § 36 der Bauverordnung 2010 oder für die nicht die Anforderungen M4 Absatz 1, 2 oder 3 der Anlage 1 der Bauverordnung 2010 gelten können.

§ 3 Bauvorlagen

Die Bescheinigung gibt nicht die Bauvorlagen an, auf die sie sich bezieht.

Fehlende Ermächtigung eine Bescheinigung auszustellen

§ 4 Keine Mitteilung über den Baubeginn

Mit Ausnahme von Fällen, in denen die Bauvorlagenbescheinigung mit einer Mitteilung über den Baubeginn kombiniert ist, keine Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten in Kraft war, als die Bescheinigung eingereicht wurde.

§ 5 Fachkompetenz des zugelassenen Inspektors

Eine Mitteilung über den Baubeginn war in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten in Kraft als die Bescheinigung eingereicht wurde, jedoch

- a) ist die Bescheinigung nicht unterzeichnet von dem zugelassenen Inspektor, der die Mitteilung eingereicht hat; oder
- b) diese Person ist nicht länger ein zugelassener Inspektor.

Mangel an Erklärungen

§ 6 Versicherung

Im Falle einer auf oder nach dem 6. April 2013 datierten Bescheinigung, nachdem alle angemessenen Schritte unternommen wurden, um festzustellen, ob es eine vom Minister genehmigte, benannte Versicherung in Bezug auf die in der Mitteilung beschriebenen Arbeiten gibt, glaubt die örtliche Behörde, dass dies nicht der Fall ist.

§ 7 Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst

Der zugelassene Inspektor war durch § 12 verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor die Bescheinigung ausgestellt wird, jedoch enthält die Bescheinigung keine Erklärung darüber, dass der zugelassene Inspektor sie nach jener Vorschrift konsultiert hat.

§ 8 Abwasserentsorgungsunternehmen

Der zugelassene Inspektor war durch § 13 verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor die Bescheinigung ausgestellt wird, jedoch enthält die Bescheinigung keine Erklärung darüber, dass der zugelassene Inspektor es nach jener Vorschrift konsultiert hat.

§ 9 Unabhängigkeit

Mit Ausnahme von Arbeiten, auf die sich die Bescheinigung bezieht, erklärtermaßen geringfügige Arbeiten gemäß der Definition des § 9 Absatz 5 sind, enthält die Bescheinigung keine Erklärung des zugelassenen Inspektors, dass der zugelassene Inspektor seit dem Einreichen der Mitteilung über den Baubeginn kein berufliches oder finanzielles Interesse an den Arbeiten hatte.

Anmerkung:

§ 6 der Anlage 3 wurde geändert durch § 43 der S.I. 2012/3119.

§ 2A der Anlage 3 wurde eingefügt durch § 3 Absatz 5 der S.I. 2015/767.

ANLAGE 4

Gründe für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung

Defizite an Form und Information

§ 1 Form

Die Bescheinigung hat nicht die vorgeschriebene Form.

§ 2 Arbeiten

Die Bescheinigung beschreibt nicht die Arbeiten, auf die sie sich bezieht.

§ 2A Optionale Anforderungen

Die Bescheinigung enthält:

- oder
- a) keine Information, ob die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen oder nicht
 - b) im Fall einer neuen Wohnung keine Information, ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen für die Bauarbeiten gelten und wenn ja welche:
 - i) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienzanforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - ii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - iii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen) oder
 - c) im Fall einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft in Bezug auf eine neue Wohnung, keine Stellungnahme, dass sie sich nur auf solche Teile der Arbeiten bezieht, für die keine Anforderungen nach § 36 der Bauverordnung 2010 oder für die nicht die Anforderungen M4 Absatz 1, 2 oder 3 der Anlage 1 der Bauverordnung 2010 gelten können.

Fehlende Ermächtigung eine Bescheinigung auszustellen

§ 3 Keine Mitteilung über den Baubeginn

Als die Bescheinigung eingereicht wurde, war in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten keine Mitteilung über den Baubeginn in Kraft.

§ 4 Fachkompetenz des zugelassenen Inspektors

Als die Bescheinigung eingereicht wurde, war eine Mitteilung über den Baubeginn in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten in Kraft, jedoch:

- a) ist die Bescheinigung nicht unterzeichnet von dem zugelassenen Inspektor, der die Mitteilung eingereicht hat; oder
- b) diese Person ist nicht länger ein zugelassener Inspektor.

Mangel an Erklärungen

§ 5 Versicherung

Im Falle einer auf oder nach dem 6. April 2013 datierten Bescheinigung, nachdem alle angemessenen Schritte unternommen wurden, um festzustellen, ob es eine vom Minister genehmigte, benannte Versicherung in Bezug auf die in der Mitteilung beschriebenen Arbeiten gibt, glaubt die örtliche Behörde, dass dies nicht der Fall ist.

§ 6 Unabhängigkeit

Mit Ausnahme von Arbeiten, auf die sich die Bescheinigung bezieht, erklärtermaßen geringfügige Arbeiten gemäß der Definition des § 9 Absatz 5 sind, enthält die Bescheinigung keine Erklärung des zugelassenen Inspektors, dass der zugelassene Inspektor seit dem Einreichen der fraglichen Mitteilung über den Baubeginn kein berufliches oder finanzielles Interesse an den Arbeiten hatte.

Anmerkungen:

§ 5 der Anlage 4 wurde geändert durch § 44 der S.I. 2012/3119.

§ 2A der Anlage 4 wurde eingefügt durch § 3 Absatz 8 der S.I. 2015/767.

§ 22 Absatz 3 und § 25 Absatz 3

ANLAGE 5**Gründe für die Zurückweisung einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft oder einer kombinierten Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft und einer Bauvorlagenbescheinigung***Defizite in einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft***§ 1 Form**

Die Mitteilung hat nicht die vorgeschriebene Form.

§ 2 Falsche örtliche Behörde

Kein Teil der in der Mitteilung beschriebenen Arbeiten soll im Zuständigkeitsbereich der örtlichen Behörde ausgeführt werden, bei der die Mitteilung eingereicht wurde.

§ 3 Fachkompetenz der öffentlichen Körperschaft

Die Körperschaft, in deren Auftrag die Mitteilung unterzeichnet wurde, ist keine öffentliche Körperschaft nach der Definition des § 54 des Gesetzes.

*Defizite an Informationen***§ 4 Informationen über die beabsichtigten Arbeiten**

Weder die Mitteilung noch die beigefügten Bauvorlagen und Dokumente beinhalten:

- a) die Lage und eine Beschreibung der Arbeiten, einschließlich der Nutzung eines jeden Gebäudes, auf das sich die Arbeiten beziehen;
- b) Informationen, welche die örtliche Behörde benötigt um zu entscheiden, ob die Anzeige aus Grund 7 oder 8 zurückzuweisen ist.

*Mangelnde Verpflichtungen***§ 5 Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst**

Die öffentliche Körperschaft wird durch § 23 verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren bevor eine Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft oder eine Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft ausgestellt wird und die Mitteilung enthält keine Verpflichtung dies zu tun.

§ 6 Abwasserentsorgungsunternehmen

Die öffentliche Körperschaft wird durch § 24 verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor eine Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft oder eine Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft ausgestellt wird und die Mitteilung enthält keine Verpflichtung dies zu tun.

Defizite in Bezug auf die beabsichtigten Arbeiten

§ 7 Abwasserleitungsanschluss

Im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, bei der die örtliche Behörde davon ausgehen muss, dass zur Erfüllung der Anforderungen des Teil H der Anlage 1 der Hauptverordnung eine geplante Abwasserleitung oder eine private Kanalisation in eine vorhandene Kanalisation ableiten muss, die der Mitteilung beigefügte Stellungnahme jedoch keine solche Vorkehrung beschreibt.

§ 8 Örtlich erlassene Gesetze

Die örtliche Behörde ist nicht überzeugt, dass die beschriebenen Arbeiten jedes örtlich erlassene Gesetz einhalten werden, das von ihr fordert oder sie autorisiert nach der Bauverordnung eingereichte Bauvorlagen zurückzuweisen.

§ 25 Absatz 2 und 3

ANLAGE 6**Gründe für die Zurückweisung einer Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft oder einer kombinierten Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft und Bauvorlagenbescheinigung***Defizite an Form und Information***§ 1 Form**

Die Bescheinigung hat nicht die vorgeschriebene Form.

§ 2 Arbeiten

Die Bescheinigung beschreibt nicht die Arbeiten, auf die sie sich bezieht.

§ 3 Bauvorlagen

Die Bescheinigung gibt nicht die Bauvorlagen an, auf die sie sich bezieht.

*Fehlende Ermächtigung eine Bescheinigung auszustellen***§ 4 Keine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft**

Mit Ausnahme von Fällen, in denen die Bauvorlagenbescheinigung einer öffentlichen Körperschaft mit einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft kombiniert ist, keine Bescheinigung einer öffentlichen Körperschaft in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten in Kraft war, als die Bescheinigung eingereicht wurde.

§ 5 Fachkompetenz der öffentlichen Körperschaft

Eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft war in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten in Kraft als die Bescheinigung eingereicht wurde, jedoch

- a) ist die Bescheinigung nicht unterzeichnet von oder im Auftrag der öffentlichen Körperschaft, welche die Bescheinigung eingereicht hat oder
- b) diese Körperschaft hat aufgehört eine öffentliche Körperschaft gemäß der Definition des § 54 des Gesetzes zu sein.

*Mangel an Erklärungen***§ 6 Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst**

Die öffentliche Körperschaft war durch § 23 verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor die Bescheinigung ausgestellt wird, jedoch

enthält die Bescheinigung keine Erklärung darüber, dass sie nach jener Vorschrift konsultiert wurde.

§ 7 Abwasserentsorgungsunternehmen

Die öffentliche Körperschaft war durch § 24 verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor die Bescheinigung ausgestellt wird, jedoch enthält die Bescheinigung keine Erklärung darüber, dass es nach jener Vorschrift konsultiert wurde.

§ 27 Absatz 1

ANLAGE 7**Gründe für die Zurückweisung einer Bescheinigung der Fertigstellung einer öffentlichen Körperschaft***Defizite an Form und Information***§ 1 Form**

Die Bescheinigung hat nicht die vorgeschriebene Form.

§ 2 Arbeiten

Die Bescheinigung beschreibt nicht die Arbeiten, auf die sie sich bezieht.

§ 2A Optionale Anforderungen

Die Bescheinigung enthält keine Informationen

- a) ob die Arbeiten eine neue Wohnung betreffen oder nicht oder
- b) im Fall einer neuen Wohnung, ob eine oder mehrere der folgenden optionalen Anforderungen für die Bauarbeiten gelten und wenn ja welche:
 - i) § 36 Absatz 2 Buchstabe b (optionale Wassereffizienz Anforderung von 110 Litern pro Person und Tag),
 - ii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 2 (Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen),
 - iii) Anlage 1 Teil M optionale Anforderung M4 Absatz 3 (Kategorie 3 – Wohnungen für Benutzer von Rollstühlen).

*Fehlende Ermächtigung eine Bescheinigung auszustellen***§ 3 Fachkompetenz der öffentlichen Körperschaft**

Als die Bescheinigung eingereicht wurde, war in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten keine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft in Kraft.

§ 4 Keine gültige Unterschrift

Als die Bescheinigung eingereicht wurde, war in Bezug auf die in der Bescheinigung beschriebenen Arbeiten eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft in Kraft, jedoch ist die Bescheinigung nicht durch oder im Auftrag der öffentlichen Körperschaft unterzeichnet, welche die Mitteilung eingereicht hat.

*Mangel an Erklärungen***§ 5 Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst**

Die öffentliche Körperschaft war durch § 23 verpflichtet, die Behörde für Feuerwehr und Rettungsdienst zu konsultieren, bevor die Bescheinigung ausgestellt wird, jedoch enthält die Bescheinigung keine Erklärung darüber, dass sie nach jener Vorschrift konsultiert wurde.

§ 6 Abwasserentsorgungsunternehmen

Die öffentliche Körperschaft war durch § 24 verpflichtet, das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, bevor die Bescheinigung ausgestellt wird, jedoch enthält die Bescheinigung keine Erklärung darüber, dass es nach jener Vorschrift konsultiert wurde.

Anmerkung:

§ 2A der Anlage 7 wurde eingefügt durch § 3 Absatz 9 der S.I. 2015/767.

§ 38 Absatz 1

ANLAGE 8**Widerruf von Vorschriften**

<i>Titel</i>	<i>Referenz</i>	<i>Umfang des Widerrufs</i>
The Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2000	S.I. 2000/2532	Die gesamte Verordnung.
The Building (Approved Inspectors etc.) (Amendment) Regulations 2001	S.I. 2001/3336	Die gesamte Verordnung.
The Building (Approved Inspectors etc.) (Amendment) Regulations 2002	S.I. 2002/2872	Die gesamte Verordnung.
The Building (Approved Inspectors etc.) (Amendment) Regulations 2004	S.I. 2004/1466	Die gesamte Verordnung.
The Energy Performance of Buildings (Certificates and Inspections) (England and Wales) (Amendment No. 2) Regulations 2008	S.I. 2008/2363	§ 4.

ANLAGE 9

Folgeänderungen

§ 1 In den Building (Local Authority Charges) Regulations 2010⁴⁰

- a) in § 2 ist in der Definition von „the Approved Inspectors Regulations“ ist „2000“ durch „2010“ zu ersetzen;
- b) in § 8 Absatz 1 Buchstabe d:
 - i) in Nummer i ist „20 Absatz 2 Buchstabe a) Nummer i“ durch „19 Absatz 2 Buchstabe a Nummer i zu ersetzen;
 - ii) in Nummer ii ist „20 Absatz 3“ durch „19 Absatz 3“ zu ersetzen.

§ 2 In den Energy Performance of Buildings (Certificates and Inspections) (England and Wales) Regulations 2007⁴¹ ist in § 2 Absatz 1 in der Definition von „Empfehlungsbericht“ „oder § 12 Absatz 4 der Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2000“ wegzulassen.

Copyright of The Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2010 rests with the Crown. This source of this translation is to be found under <http://www.legislation.gov.uk>.

Translation contains public sector information licensed under the Open government Licence v3.0 (<http://www.nationalarchives.gov.uk/doc/open-government-licence/version/3/>).

This translation has no official status. It is neither state certified nor certificated by the Department for Communities and Local Government (DCLG). The DCLG does not accept any responsibility for the accuracy and comprehensiveness of this translation.

This translation was made to the best of my knowledge and belief, but without guarantee of accuracy and comprehensiveness. Legally binding is exclusively the text of the English statutory instrument.

Das Urheberrecht für die Building (Approved Inspectors etc.) Regulations 2010 liegt bei der Krone. Die Quelle dieser Übersetzung ist unter <http://www.legislation.gov.uk> zu finden.

Übersetzung enthält Informationen des öffentlichen Sektors, die nach der Open Government Licence v3.0 lizenziert sind (<http://www.nationalarchives.gov.uk/doc/open-government-licence/version/3/>).

Diese Übersetzung hat keinen offiziellen Status. Sie ist weder vom Department for Communities and Local Government (DCLG) staatlich geprüft noch beglaubigt.

⁴⁰ S.I. 2010/404.

⁴¹ S.I. 2007/991.

Diese Übersetzung erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen, jedoch ohne Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit. Rechtlich verbindlich ist ausschließlich der Text der englischen Rechtsverordnung.